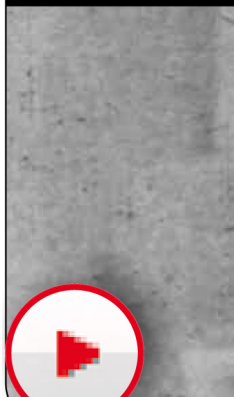


C h r i s t i a n
G e r l a c h

Kalkulierte Morde

D i e d e u t s c h e
W i r t s c h a f t s - u n d
V e r n i c h t u n g s -
p o l i t i k
i n W e i ß r u ß l a n d
1 9 4 1 b i s 1 9 4 4



Christian Gerlach

Kalkulierte Morde

Die deutsche Wirtschafts- und
Vernichtungspolitik in
Weißrußland 1941 bis 1944

Hamburger Edition

Hamburger Edition HIS Verlagsges. mbH
Mittelweg 36
20148 Hamburg
www.Hamburger-Edition.de

© E-Book 2013 by Hamburger Edition
ISBN 978-3-86854-568-5

© der Printausgabe 1999 by Hamburger Edition
ISBN 978-3-930908-63-9

Redaktion: Bernd Ulrich
Umschlaggestaltung: Wilfried Gandras
Herstellung: Jan Enns und Elke Enns
Satz: Stempel Garamond und Syntax von Dörlemann Satz, Lemförde

Inhalt

1. Einleitung	11
1.1 Thema und Forschungsstand	11
1.2 Zielstellung	19
1.3 Quellen und Methodenprobleme	24
1.4 Vorgehensweise	35
2. Deutsche Planungen für Weißrußland und ihre Grundlagen	36
2.1 Die historischen Voraussetzungen in Weißrußland	36
2.2 Die Entstehung deutscher Vernichtungspläne gegen die sowjetische Bevölkerung	44
a) Der Hungerplan gegenüber der sowjetischen Bevölkerung	46
b) Die kriegs- und ernährungswirtschaftliche Lage Deutschlands in der ersten Jahreshälfte 1941 und die wirtschaftlichen Ziele im Krieg gegen die Sowjetunion	59
c) Die Anwendung der Überbevölkerungstheorie auf Weißrußland	76
d) Die Vorbereitung des Einsatzes von SS- und Polizeieinheiten, die »verbrecherischen Befehle« und die Grundlagen der anti-jüdischen Politik	81
2.3 Politische Konzeptionen für Weißrußland und das deutsche Weißrußland-Bild	94
a) Politische Konzeptionen	94
b) Das deutsche Weißrußland-Bild und Pläne zur »Modernisierung«	100
2.4 Deutsche Besiedlungspläne für Weißrußland und die Volksdeutschen	111
a) Siedlungspläne	111
b) Deutsche in Weißrußland 1941–1944	120
3. Aufbau und Funktion der Besatzungsverwaltung	128
3.1 Die Kampfhandlungen in Weißrußland	128
3.2 Die Militärverwaltung	134
a) Allgemeine Militärverwaltung	134
b) Die Wirtschaftsverwaltung	142
c) Die Generalquartiermeisterabteilung im OKH und die Quartiermeisterabteilungen als Schaltstellen von Massenverbrechen	150
3.3 Die Zivilverwaltung	156
3.4 Der SS- und Polizeiapparat	180

3.5	Die weißrussische Lokalverwaltung	196
a)	Verwaltung	196
b)	Polizei	202
c)	Politische Kollaboration	209
3.6	Die Besatzungstruppen	214
3.7	Die Kontrolle über die Bevölkerung	218
3.8	Zum deutschen Verwaltungspersonal im besetzten Gebiet	222

Hauptteil I

Die deutsche Wirtschaftspolitik in Weißrußland 1941–1944	231
--	-----

4.	Landwirtschafts- und Ernährungspolitik	231
4.1	Die landwirtschaftlichen Verhältnisse	231
4.2	Der landwirtschaftliche Ausbeutungsapparat und die »Erfassung«	233
a)	Der Ausbeutungsapparat	233
b)	Die »Erfassung«	239
c)	Die »Versorgung aus dem Lande«	253
4.3	Die Ernährung der Zivilbevölkerung	265
a)	Der Streit um Richtlinien und Rationierung	265
b)	Organisation und örtliche Bedingungen der Ernährung	278
c)	Hunger	289
d)	Zwangsaussiedlungen aus den Städten 1941/42	292
e)	Die Hungerkrise von 1942 und die Änderungen in der Organisation der Ernährung	301
f)	Der »Ausschluß von der Versorgung«	313
4.4	Probleme der landwirtschaftlichen Produktion	319
a)	Die Hemmnisse für eine Produktionssteigerung	319
b)	Möglichkeiten der landwirtschaftlichen Intensivierung und ihre Mittel: »Produktionsfaktor Mensch«	329
c)	Staatsgüter (Sowchosen) und Maschinen-Traktoren-Stationen	333
d)	SS- und Polizeigüter	339
4.5	Die Änderung der landwirtschaftlichen Betriebs- und Bevölkerungsstruktur: die deutsche Agrarreform in Weißrußland	342
a)	Die Entstehung der »Neuen Agrarordnung«	342
b)	Bestimmungen und Ziele der Agrarreform	347
c)	Die Durchführung der Reform in Weißrußland	356
d)	Bevölkerungspolitische Aspekte der Agrarreform	365
5.	Die deutsche Politik der Entindustrialisierung und Entstädterung	371
5.1	Die Zerstörungen in den ersten Kriegswochen und die sowjetische Evakuierungsaktion	371

5.2	Die verbliebenen Produktionskapazitäten, Schwierigkeiten bei ihrer Nutzung und die Politik der Entindustrialisierung	385
a)	Größenverhältnisse und Kapazitäten	385
b)	Die Entindustrialisierung: Drosselung und Stilllegung intakter Produktionsanlagen	390
c)	Beispiele: Metallindustrie und Textilwirtschaft	395
d)	Schlüsselbereiche für den verhinderten industriellen Wiederaufbau: Energie/Torfbergbau und Verkehrswesen	404
5.3	Die deutsche Entstädterungspolitik: Bevölkerungsentwicklung, Stadtplanung und Wohnungsfrage 1941 bis 1944	418
5.4	Investitionspolitik und begrenzter wirtschaftlicher »Aufbau« in Weißrußland	428
a)	Das Generalquartiermeister-Programm	428
b)	Minimales Risiko: Deutsche Unternehmensinteressen in Weißrußland	431
c)	Leistungssteigerung und »Sozialpolitik«	442
6.	Die Arbeitskräftepolitik	449
6.1	Der Aufbau der Arbeitsverwaltung und die anfängliche Phase des geringen Arbeitskräftebedarfs	449
6.2	Die Verschleppung von Zwangsarbeitern nach Deutschland	456
a)	Entschlußbildung und Anfänge	456
b)	Gesamtumfang und zahlenmäßige Entwicklung	459
c)	Die Organisation und ihre Methoden	464
d)	Die Erweiterung des Instrumentariums und die Intensivierung des Zugriffs	470
e)	Lager, Deutschlandeinsatz und Rückkehr	476
6.3	Die Optimierung des Arbeitskräfteeinsatzes innerhalb Weißrußlands 1942–1944, ihre Methoden und Folgen	480
a)	Der regionale Arbeitskräftebedarf	480
b)	Beschaffung von Arbeitskräften in den Städten	483
c)	Die gewaltsame Umkehr der Stadtflucht: Beschaffung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft	486
d)	Zwangsarbeitslager	493
e)	Rückzüge, Evakuierung und totale Selektion der Bevölkerung	497

Hauptteil II

	Die deutsche Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944	503
7.	Die Ermordung der weißrussischen Juden	503
7.1	Der Beginn der Judenverfolgung	503
a)	Die Zivilgefangenenlager	503

b)	Erste antijüdische Maßnahmen: Entrechtung	514
c)	Die Ghettobildung	521
d)	Die Umsiedlung der Juden in Rayon- und Gebietsstädte	533
e)	Die Mordaktionen im Juni und Juli 1941	536
7.2	Der Beginn der vollständigen Vernichtung der weißrussischen Juden im Spätsommer und Herbst 1941	555
a)	Die »Aktion« der SS-Kavallerie-Brigade im Polesje	555
b)	August 1941	566
c)	Die Frage der jüdischen Arbeitskräfte	574
d)	Die Auslöschung der großen jüdischen Gemeinden in Ostweißrußland (September bis Dezember 1941)	585
e)	Die Massenmorde zur Dezimierung der Juden im Generalkommissariat Weißruthenien (Oktober bis Dezember 1941)	609
f)	Die Frage der Entschlußbildung: »Absichten« und »Befehle« zum Mord an den weißrussischen Juden	628
7.3	Das Leben und Sterben in den Ghettos – Ausbeutung und Vernichtung	655
a)	Arbeit	658
b)	Ernährung	668
c)	Wohnen und Besitz	675
7.4	Die Vernichtung der weißrussischen Juden 1942/43	683
a)	Die vollständige Vernichtung im Militärverwaltungsbereich	683
b)	Die Mordkampagne im GK Weißruthenien im Sommer 1942	688
c)	Die Ausrottung im weißrussischen Teil des Generalkommissariats Wolhynien und Podolien (September–Oktober 1942)	709
d)	Die Vernichtung der Juden aus dem weißrussischen Abschnitt des Bezirks Bialystok (November 1942–März 1943)	723
e)	Die Vernichtung der übrigen Ghettos im GK Weißruthenien 1943	733
f)	Jüdischer Widerstand und jüdische Flüchtlinge	743
7.5	Die Deportation ausländischer Juden nach Weißrußland	747
a)	Deutsche, österreichische und tschechische Juden	747
b)	Die Verschleppung von Juden aus anderen Ländern nach Weißrußland	761
7.6	Infrastruktur des Mordens: Gaswagen und Todeslager	764
8.	Die Vernichtung sowjetischer Kriegsgefangener auf dem Boden Weißrußlands	774
8.1	Verbrechen der deutschen Fronteinheiten auf dem Schlachtfeld im Sommer 1941	774
8.2	Richtlinien zur Behandlung und Versorgung der Kriegsgefangenen in der Kriegsvorbereitungsphase	781

a) Die Richtlinien	781
b) Der organisatorische Aufbau des Kriegsgefangenenwesens in Weißrußland	785
8.3 Die Vernichtung sowjetischer Kriegsgefangener durch Hunger und Unterversorgung	788
a) Die Anfangsphase (Juni bis August 1941)	788
b) Die Verschärfung der Versorgungspolitik, ihre Ursachen und Folgen (September bis November 1941)	796
c) Die Massenvernichtung der Kriegsgefangenen in Weißrußland im Winter 1941/42	819
d) Die weitere Entwicklung 1942 bis 1944	829
8.4 Offene Massenmorde an Kriegsgefangenen	834
a) Die Vernichtung politischer und »rassischer« Gegner unter den Gefangenen	834
b) Die Vernichtung auf Märschen und Transporten	843
c) Massenexekutionen sowjetischer Kriegsgefangener	848
8.5 Die Gesamtzahl der Opfer und die Bedeutung des Massenmordes an den sowjetischen Kriegsgefangenen	855
9. Strukturpolitik durch Terror: die »Partisanenbekämpfung«	859
9.1 Überblick über die Geschichte der weißrussischen Partisanenbewegung 1941–1944	860
9.2 Stufe I: Kollektive Gewaltmaßnahmen, präventive Bekämpfung und der »Kampf gegen die Ortsfremden« (1941 bis Anfang 1942)	870
a) Methoden der Partisanenbekämpfung	870
b) Die Verschärfung der Verfolgung im September und Oktober 1941	875
9.3 Stufe II: Die »Großunternehmen« (Frühjahr 1942 bis Frühjahr 1943)	884
a) Einführung und Funktionieren der neuen Taktik	884
b) Die Entwicklung bis 1943	919
c) Andere Gesichtspunkte der Partisanenbekämpfung	959
9.4 Der Zusammenhang von Wirtschaftsinteressen und Gewalt bei der Partisanenbekämpfung	975
a) Die Steuerung der Vernichtung nach landwirtschaftlichen Gesichtspunkten	975
b) Die systematische Deportation von Zwangsarbeitskräften bei der Partisanenbekämpfung und der Massenmord an den »Arbeitsunfähigen«	996
c) Widersprüche und Konflikte im Kontext wirtschaftlich begründeter Partisanenbekämpfung	1007
9.5 Stufe III: Die Konzepte zur Schaffung »toter Zonen« 1943	1010
a) Die Aktionen im Raum Witebsk-Polozk	1012
b) Deportationen nach Auschwitz und Lublin	1015

c) »Tote Zonen« im Polesje, die strategischen Überlegungen in der deutschen Führung und bei der Heeresgruppe Mitte	1018
d) Das tatsächliche Ausmaß der »toten Zonen«	1032
9.6 Stufe IV: Das Wehrdorfprojekt (1944)	1036
a) Das Stützpunktsystem und die »Sonderkommandos zur Sicherung der landwirtschaftlichen Aufbauarbeit«	1036
b) Die Wehrdörfer	1040
c) Die Ansiedlung von bewaffneten Kollaborateuren der Kaminski-Bewegung, Kosaken und Kaukasiern in Weißrußland 1943/44	1052
10. Weitere Opfer der deutschen Vernichtungspolitik	1055
10.1 Kommunisten, städtischer Widerstand und »Ostmenschen«	1055
10.2 Die Verfolgung der polnischen Intelligenz	1060
10.3 Die Morde an den Sinti und Roma	1063
10.4 Die Morde an psychisch und physisch Kranken	1067
10.5 Krieg gegen Kinder	1074
10.6 Die Verbrechen in der Schlußphase und auf den Rückzügen	1092
11. Die Beteiligung einiger Angehöriger der Offiziersopposition gegen Hitler an den Massenverbrechen in Weißrußland	1104
12. Zusammenfassung und Schlußfolgerungen	1126
Quellen und Literatur	
1. Quellen	1162
2. Justizakten	1171
3. Darstellungen	1174
Abkürzungsverzeichnis	1201
Danksagung	1205
Zum Autor	1207

1. Einleitung

1.1 Thema und Forschungsstand

Kaum ein Land ist so stark vom Zweiten Weltkrieg betroffen gewesen wie Weißrußland. Nach offiziellen Angaben wurden dort bei einer Bevölkerungszahl von 10,6 Millionen (1939) während der deutschen Besetzung 1941–1944 2,2 Millionen Zivilisten und Kriegsgefangene ermordet.¹ In der nationalen weißrussischen Gedenkstätte an der Stelle, wo 1943 das Dorf Chatyn in Flammen aufging, symbolisieren drei Birken die Weißrussen, die den deutschen Überfall überlebten, eine Flamme brennt für ein weiteres Viertel der Weißrussen, die starben. Fast alle Städte des Landes waren 1944 völlig zerstört. Es gab drei Millionen Obdachlose. Die Zahl der Industriebetriebe war um 85 Prozent zurückgegangen, die Industriekapazität um 95 Prozent, die Saatfläche um 40 bis 50 Prozent und der Viehbestand um 80 Prozent.² Weißrußland wurde in seiner wirtschaftlichen Entwicklung um Jahrzehnte zurückgeworfen und blieb für sehr lange Zeit vom Krieg geprägt.

Warum wurde dieses relativ unbedeutende Land, das nach dem Ersten Weltkrieg als Sowjetrepublik zum ersten Mal eine Autonomie erhalten hatte und seit 1991 formell unabhängig ist, von der deutschen Besatzungsmacht in besonderem Maß mit Tod und Vernichtung überzogen? Warum ein so armes, bäuerliches Land mit wenig Industrie und ohne Bodenschätze? Bei näherem Hinschauen zeigt sich: die von den größten Massenmorden betroffenen Bevölkerungsgruppen waren sowjetische Kriegsgefangene, Juden und im Zug der Partisanenbekämpfung getötete Bauern. Weshalb überlebte jeder dritte Kriegsgefangene, den die deutsche Heeresgruppe Mitte machte, bereits den Aufenthalt in diesem seinem ersten Abschubland nicht? Wie kam es zu dem schrecklichen Phänomen der »verbrannten Dörfer«, die zu hunderten – weit mehr als irgendwo sonst auch innerhalb der besetzten sowjetischen Gebiete – von deutschen Einheiten bei der sogenannten Partisanenbekämpfung³ mit den meisten oder mit allen Einwohnern vernichtet wurden?

1 Siehe die zusammengefaßten Angaben der staatlichen Untersuchungskommissionen in ZStA Minsk 845–1–58, Bl. 9. Zur Bewertung dieser Zahlen und zu den Erkenntnissen aus dieser Arbeit über die Bilanz der deutschen Verbrechen Kap. 12.

2 Vgl. M. P. Baranowa/N. G. Pawlowa, Kurze Geschichte der Belorussischen Sozialistischen Sowjetrepublik, Jena 1985, S. 124; Nicholas P. Vakar, Belorussia. The Making of a Nation, Cambridge/Mass. 1956, S. 209; Norbert Müller, Wehrmacht und Okkupation 1941–1944, Berlin-O. 1971, S. 262.

3 Der Begriff »Partisanenbekämpfung« kann nur mit der Einschränkung verwendet werden, daß die Deutschen dabei bereits in grundlegenden Befehlen vor der Invasion und während der Besatzungszeit noch zunehmend von konkreten Tätern etwaiger Akte bewaffneten Widerstands abstrahierten. Sie gingen mit kol-

Weißrußland wurde im Sommer 1941 in wenigen Wochen von der Wehrmacht erobert. Die Einsatzgruppe B der Sicherheitspolizei und des SD, Polizeibataillone und Sicherungsdivisionen begannen sofort mit der Bekämpfung politischer Gegner im weitesten Sinn: sie töteten Kommunisten, Verwaltungsfunktionäre, Kommissare der Roten Armee, versprengte und flüchtige Rotarmisten, Lehrer, Anwälte, die sogenannte Intelligenz, vor allem männliche jüdische Staatsangestellte und Funktionäre. Im Herbst 1941 weiteten sie ihre Aktionen aus: praktisch alle Juden im Osten Weißrußlands wurden binnen weniger Monate erschossen, dazu psychisch Kranke, Sinti und Roma, untergetauchte Rotarmisten, angebliche Partisanen und Hungerflüchtlinge. Viele Einwohner wurden gezwungen, die stark zerstörten und mangelhaft versorgten Städte zu verlassen. Zur gleichen Zeit organisierten Wehrmachtstellen ein furchtbares Massensterben durch Hunger unter den Kriegsgefangenen. Dem fielen in Weißrußland bis Anfang 1942 etwa eine halbe Million Männer zum Opfer; teils wurden sie auch erschossen. Bis 1944 wurde die Vernichtung von Kriegsgefangenen nie ganz gestoppt. Im Lauf des Jahres 1942 ermordeten SS und Polizei im Westen des Landes fast eine Viertelmillion Juden, beinahe alle noch verbliebenen. Teils taten sie das in Zusammenarbeit mit der Zivilverwaltung in örtlicher Initiative, teils in großen Mordkampagnen in den verschiedenen größeren Verwaltungsgebieten des von den Deutschen aufgeteilten Landes. Auf dem Land bekämpften Wehrmacht, SS und Polizei die erstarkte Partisanenbewegung mit neuen Methoden: große Verbände kreisten ihre Stützpunkte weiträumig ein und vernichteten in erster Linie die Dörfer in ihrem Vorfeld. 1943/44 überzogen sie mit verstärkten Kräften weite Teile Weißrußlands mit diesen Gewaltmethoden. Als die Rote Armee im Spätsommer und Herbst 1943 den äußersten Osten Weißrußlands zurückeroberte, reagierten die Deutschen mit Zwangsevakuiierungen und Zerstörungen. Die letzten weißrussischen Juden wurden teils ermordet, teils deportiert. Im Sommer 1944 befreiten die sowjetischen Truppen Weißrußland restlos. Zwei der größten Schlachten des Krieges sind dort 1941 und 1944 geschlagen worden, und die weißrussische bewaffnete Widerstandsbewegung war die stärkste in Europa. Doch vor allem die deutschen Massenverbrechen drückten dem Land ihren Stempel auf.

In der Forschung über die Besatzungsgeschichte Weißrußlands gibt es gravierende faktische Lücken, und es fehlt auch am Überblick über die Gesamtzusammenhänge. Im Westen erschien erst 1998 – nach Einreichen der Dissertation, die diesem Buch zugrunde liegt – eine erste eingehende Darstellung vorwiegend über die westlichen, ehemals polnischen Landesteile von Bernhard Chiari, die wertvolle Elemente einer Alltagsgeschichte liefert. Sie enthält allerdings anfechtbare Thesen hinsichtlich der deutschen Besatzungspolitik, wesentliche Bereiche bleiben ausgespart.⁴ Eine allerdings sehr knappe weißrussische Gesamtdarstellung erschien erst in den achtziger

lektiven Vergeltungsaktionen, präventiv und schließlich unterschiedlos gegen Einwohner ganzer Gebiete vor. »Partisanenbekämpfung« richtete sich infolgedessen hauptsächlich gegen unbewaffnete Zivilisten. Vgl. Kap. 9, besonders Anm. 9/1.

⁴ Darunter fast gänzlich die Planungen, die Wirtschaftspolitik sowie die Vernichtung sowjetischer Kriegsgefangener. Bernhard Chiari, *Alltag hinter der Front. Besatzung, Kollaboration und Widerstand in Weißrußland 1941–1944*, Düsseldorf 1998.

Jahren, dazu vor kurzem eine in polnischer Sprache.⁵ Die überholten Arbeiten von Alexander Dallin und Gerald Reitlinger über die deutsche Besatzungspolitik in der Sowjetunion enthalten jeweils ein knappes Weißrußland-Kapitel.⁶ Einen brauchbaren Aufriß der Besatzungspolitik liefert Witalij Wilenchik im Rahmen seiner Dissertation über die Partisanenbewegung in Weißrußland.⁷ In zwei Darstellungen über die deutsche Politik im Reichskommissariat Ostland (RKO), zu dem ein gutes Viertel Weißrußlands als »Generalkommissariat Weißruthenien«⁸ gehörte, taucht Weißrußland nur am Rande auf.⁹ Es ist eines der größten Forschungsprobleme, daß sich die Historiker außerhalb Weißrußlands und der Sowjetunion meist nach den deutschen Verwaltungseinteilungen richteten und deshalb allenfalls das GK Weißruthenien betrachteten. Die Frage nach ganz Weißrußland wurde außerhalb der Sowjetunion kaum gestellt. Doch stand etwa die Hälfte des Landes – der Osten – unter Militärverwaltung, ein Fünftel – der Süden – gehörte zum Reichskommissariat Ukraine und kleine Teile im Nordwesten zum Ostpreußen angegliederten Bezirk Bialystok und zum Generalkommissariat (GK) Litauen. Das führte zu Unkenntnis, Verengung der Fragestellungen und verzerrten Schlußfolgerungen.

Nach dem lange vorherrschenden Erklärungsmuster vernachlässigten die deutschen Zentralstellen das besetzte Weißrußland (identifiziert mit dem GK Weißruthenien). Deshalb sei dafür nur minderqualifiziertes Verwaltungspersonal übriggeblieben, das sich in Machtrausch, Rassenwahn und Vernichtungstaumel ergangen habe. Sich selbst überlassen, habe es achtlos agiert und ein Chaos angerichtet.¹⁰ Neben der Vorstellung vom Chaos hat noch eine zweite das wissenschaftlich erzeugte Bild der deutschen Besatzungspolitik geprägt. Weißrußland stand – vielleicht noch mehr denn Auschwitz – für eine »vom ökonomischen Standpunkt aus sinnlose Besatzungspoli-

- 5 W. F. Romanowski u. a., *Nazistskaja politika genozida i »wyschtschennoi semli« w Belorussii 1941–1944* [Die nazistische Politik des Völkermords und der »verbrannten Erde« in Weißrußland 1941–1944], Minsk 1984; mit Blick auf die weißrussische Kollaborationsbewegung und die polnische Bevölkerungsgruppe im Westen: Jerzy Turonek, *Bialorus pod okupacja niemiecka*, Warschau 1993. Siehe jedoch zu dessen unkritischer Sicht auf den Generalkommissar für Weißruthenien, Kube, ders.: *Weißruthenien: Zweifrontenkrieg der Ideologien*, in: Wolfgang Benz u. a. (Hg.), *Anpassung – Kollaboration – Widerstand. Kollektive Reaktionen auf die Okkupation*, Berlin 1996, besonders S. 196f.
- 6 Alexander Dallin, *Deutsche Herrschaft in Rußland*, Düsseldorf 1958, S. 211–237; Gerald Reitlinger, *Ein Haus auf Sand gebaut. Hitlers Gewaltpolitik in Rußland 1941–1944*, 2. Auflage, Gütersloh 1963, S. 184 ff.
- 7 Witalij Wilenchik, *Die Partisanenbewegung in Weißrußland 1941–1944*, Wiesbaden 1984.
- 8 Im Frühjahr 1941 hatte das Ostministerium die Sprachregelung ausgegeben, den Begriff »Weißrußland« durch »Weißruthenien« zu ersetzen, um damit seine Verbundenheit zu Rußland zu negieren.
- 9 Seppo Myllyniemi, *Die Neuordnung der baltischen Länder 1941–1944. Zum nationalsozialistischen Inhalt der deutschen Besatzungspolitik*, Helsinki 1973; mit wirtschaftlichem Schwerpunkt: Roswitha Czollek, *Faschismus und Okkupation. Wirtschaftspolitische Zielsetzung und Praxis des faschistischen deutschen Besatzungsregimes in den baltischen Sowjetrepubliken während des zweiten Weltkrieges*, Berlin-O. 1974. Beide Arbeiten handelten ihr Thema nicht erschöpfend ab.
- 10 Siehe Dallin 1958, S. 211 ff., besonders S. 216 f. Zur Chaos-These auch Timothy Patrick Mulligan, *The Politics of Illusion and Empire. German Occupation Policy in the Soviet Union, 1942–1943*, New York, Westport und London 1988, S. 14 ff., 21 ff.; Bernhard Chiari, *Deutsche Zivilverwaltung in Weißrußland 1941–1944. Die lokale Perspektive der Besatzungsgeschichte*, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* (MGM) 52 (1993), S. 67–89; zurückhaltender Chiari 1998 (siehe jedoch z. B. S. 56 ff.); auf die gesamte Zivilverwaltung in RKO und RKU ausgedehnt von Jörg Friedrich, *Das Gesetz des Krieges. Das deutsche Heer in Rußland 1941–1945. Der Prozeß gegen das Oberkommando der Wehrmacht*, München und Zürich 1993, S. 816.

tik«, galt als Extremfall des Gegensatzes von »Ideologie und Pragmatismus«¹¹, der Vernichtung als Selbstzweck ohne ersichtliche besatzungspolitische Ziele.¹² Alle diese Darstellungen sind bei näherer Untersuchung der Ziele und Praxis deutscher Besatzungs- und Vernichtungspolitik nicht haltbar.

Etwas günstiger als bei den Gesamtdarstellungen sieht die Lage bei Arbeiten zu speziellen Themen aus, die meist bestimmte Gesichtspunkte der deutschen Besatzungspolitik und Verbrechen in größerem geographischem Rahmen behandeln. Darunter sind Gesamtdarstellungen der weißrussischen Geschichte aus offiziöser Sicht oder aus der von Exilanten,¹³ Untersuchungen der Besatzungspolitik der Wehrmacht¹⁴ – die nichts daran ändern, daß die Teile der besetzten sowjetischen Gebiete, die unter Zivilverwaltung standen, insgesamt erheblich besser erforscht sind – und zu einzelnen Aspekten und Gliederungen.¹⁵ Der Kenntnisstand über die Kollaboration von Weißrussen mit den Deutschen, darunter in den Lokalverwaltungen, ließ bis zur Arbeit von Chiari sehr zu wünschen übrig.¹⁶ Über das organisierte Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen – die größte Opfergruppe in Weißrußland – liegt weiterhin nur die allerdings überragende Arbeit von Christian Streit vor, während Alfred Streim sich weitgehend darauf beschränkte, in der Bundesrepublik strafrechtlich relevante, im engsten Sinne direkte Tötungen zu erforschen.¹⁷ Hier hat der Mangel an Quellen die Forschung stark behindert. Noch schlechter ist die Forschungslage hinsichtlich der deutschen Partisanenbekämpfung, obwohl hier übergenug Quellen vorhanden sind. Zwar sind die Grundzüge der verbrecherischen deutschen Methoden bekannt, doch wurden sie in der Regel in Untersuchungen über die

11 So selbst die renommierten polnischen Historiker Waclaw Długoborski/Czesław Madajczyk, Ausbeutungssysteme in den besetzten Gebieten Polens und der UdSSR, in: Friedrich Forstmeier/Hans Erich Volkmann (Hg.), *Kriegswirtschaft und Rüstung 1939–1945*, Düsseldorf 1977, S. 377; ähnlich: Waclaw Długoborski, *Economic Policy of the Third Reich in Occupied and Dependent Countries 1938–1945. An Attempt at a Typology*, in: *Studia Historiae Oeconomicae* 15 (1980), S. 184f.

12 Hannes Heer, »Killing Fields«. Die Wehrmacht und der Holocaust, in: *Mittelweg* 36 3 (1994), S. 7–29; ders., *Die Logik des Vernichtungskrieges. Wehrmacht und Partisanenkampf*, in: ders./Klaus Naumann (Hg.), *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944*, Hamburg 1995, S. 104–138.

13 Baranowa/Pawlowa; Vakar.

14 Siehe vor allem die umfassende Darstellung von N. Müller 1971; in der Tendenz apologetisch, aber materialreich: Friedrich (infolge der Zitier- und Belegweise nur eingeschränkt wissenschaftlich brauchbar); zu verschiedenen Einzelaspekten Heer/Naumann (Hg.).

15 Vgl. Klaus Gefner, *Geheime Feldpolizei. Zur Funktion und Organisation des geheimpolizeilichen Exekutivorgans der faschistischen Wehrmacht*, Berlin-O. 1986; zu den Fronteinheiten Omer Bartov, *The Eastern Front, 1941–1945. German Troops and the Barbarization of Warfare*, London u.a. 1985; ders.: *Hitler's Army. Soldiers, Nazis, and War in the Third Reich*, New York, Oxford 1991. Ferner Jürgen Förster, *Die Sicherung des »Lebensraumes«*, in: Horst Boog u.a.: *Der Angriff auf die Sowjetunion*, Frankfurt/M. 1991, S. 1227–1287; wenig aufschlußreich über die rückwärtigen Armeegebiete Theo J. Schulte, *The German Army and Nazi Policies in Occupied Russia*, Oxford, New York und München 1989. – Kaum erforscht sind bisher z.B. die rückwärtigen Heeresgebiete, die Kommandanturen und die Tätigkeit der Feldgendarmeerie.

16 Chiari 1998; Ansätze lieferten zuvor: W. Romanowski, *Saudzelniki u zlachynstvach* [Die Helfer bei den Verbrechen], Minsk 1964; John Loftus, *The Belarus Secret*, New York 1985; stark auf die politische Kollaboration beschränkt: Dallin 1958, S. 211ff., und Turonek.

17 Christian Streit, *Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945*, 2. Auflage, Bonn 1991 (zuerst 1978); Alfred Streim, *Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im »Fall Barbarossa«*, Heidelberg und Karlsruhe 1981.

sowjetischen Partisanen mit abgehandelt, so daß eine umfassende systematische Betrachtung bis heute fehlt und die deutsche Strategie der Partisanenbekämpfung nicht voll erfaßt werden konnte.¹⁸ Zu dem berüchtigtsten Kampfverband, der aus Sträflingen zusammengesetzten Sondereinheit Dirlewanger, liegen eigene Veröffentlichungen vor.¹⁹

Weitaus besser ist der Mord an den weißrussischen Juden erforscht. Etwa acht bis neun Prozent aller umgebrachten europäischen Juden – mindestens 500 000 Menschen – stammten aus Weißrußland, und dieser Schauplatz spielte eine wichtige Rolle in Befehlsgebung und Verlauf während der Frühphase des Völkermords. Entsprechend sind die Ereignisse in Weißrußland bereits in den Gesamtdarstellungen über die Judenvernichtung und Monographien über die Entscheidungsprozesse geschildert worden.²⁰ Das gilt auch für Untersuchungen der Ermordung der sowjetischen Juden,²¹ über den jüdischen Widerstand und das Leben in den Ghettos.²² Überdies liegen Darstellungen zur Ermordung der Sinti und Roma und der psychisch Kranken

18 Als Standardwerk hat weiter John Armstrong (Hg.), *Soviet Partisans in World War II*, Madison/Wisc. 1964, zu gelten. Vgl. Edgar M. Howell, *The Soviet Partisan Movement 1941–1944*, Washington 1956 (ebenso wie Armstrongs Arbeit und Dallin 1958 aus einem Auftrag der US-Armee hervorgegangen); Erich Hesse, *Der sowjetrussische Partisanenkrieg 1941–1944 im Spiegel deutscher Kampfanweisungen und Befehle*, Göttingen 1969; fehlerhaft und mit überzogenen Thesen Matthew Cooper, *The Phantom War. The German Struggle Against Soviet Partisans*, London 1979; ferner Wilenchik; aus marxistischer Sicht: Heinz Kühnrich, *Der Partisanenkrieg in Europa 1939–1945*, Berlin-O. 1965; neuerdings mit dem Versuch eines Überblicks: Heer 1995.

19 Die Einheit gab in der Nachkriegszeit auch Stoff für mindestens drei Romane ab. Vgl. Hans Peter Klaus, *Antifaschisten in SS-Uniform. Schicksal und Widerstand der deutschen politischen KZ-Häftlinge, Zuchthaus- und Wehrmachtgefangenen in der SS-Sonderformation Dirlewanger*, Bremen 1993 (besonders S. 46–104); rein organisationsgeschichtlich: Hellmuth Auerbach, *Die Einheit Dirlewanger*, in: *VfZ* 10 (1962), S. 250–263.

20 Gerald Reitlinger, *Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939–1945*, 5. Auflage, Berlin-W. 1979 (zuerst engl. 1953); Raul Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden*, Frankfurt/M. 1994 (durchgesehene und erweiterte Auflage, zuerst engl. 1961); Gerald Fleming, *Hitler und die Endlösung. »Es ist des Führers Wunsch...«*, Wiesbaden und München 1982; Richard Breitman, *The Architect of Genocide. Himmler and the Final Solution*, London 1992; Philippe Burrin, *Hitler und die Juden. Die Entscheidung für den Völkermord*, Frankfurt/M. 1993; Hans Safrian, *Die Eichmann-Männer*, Wien und Zürich 1993; auf der Basis der Erkenntnisse aus Überlebendenberichten Israel Gutman u. a. (Hg.), *Enzyklopädie des Holocaust*, Berlin 1993.

21 Sie stammen meist aus Israel. Wila Orbach, *The Destruction of the Jews in the Nazi-Occupied Territories of the USSR*, in: *Soviet Jewish Affairs* 6 (1976), H. 2, S. 14–51; Yitzhak Arad, *Der Holocaust an den sowjetischen Juden in den besetzten Gebieten der Sowjetunion*, in: Wassili Grossman/Ilja Ehrenburg (Hg.), *Das Schwarzbuch. Der Genozid an den sowjetischen Juden*, Reinbek 1994, S. 1015–1062. Nur in Hebräisch sind leider erschienen: Shalom Cholowsky, *An den Ufern der Nemiga. Die Juden im Westen Weißrußlands während des Zweiten Weltkrieges*, Tel Aviv 1982; ders., *Im Auge des Hurricans. Die Juden in Ostweißrußland während des Zweiten Weltkrieges*, Tel Aviv 1988. Siehe auch die ins Englische übertragenen Veröffentlichungen Cholowskys im Literaturverzeichnis und die Auseinandersetzung mit seinen daraus zu erschließenden Ergebnissen in Kap. 7.

22 Reuben Ainsztein, *Jüdischer Widerstand im deutschbesetzten Osteuropa während des Zweiten Weltkrieges*, Oldenburg 1993 (engl. 1974); Yuri Suhl (Hg.), *They Fought Back. The Story of Jewish Resistance in Nazi Europe*, New York 1967; Lester Eckman/Chaim Lazar, *The Jewish Resistance. The History of the Jewish Partisans in Lithuania and White Russia During the Nazi Occupation 1940[!]–1945*, New York 1977; Isaiah Trunk, *Judenrat. The Jewish Councils in Eastern Europe under Nazi Occupation*, New York, London 1972.

vor.²³ Die antijüdischen Verbrechen in Weißrußland bilden einen Schwerpunkt der Arbeiten über die Einsatzgruppen von Sicherheitspolizei und SD,²⁴ über die Ordnungspolizei und die SS-Brigaden, die dem Kommandostab Reichsführer-SS unterstellt waren,²⁵ und schließlich über die Höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF).²⁶ In jüngerer Zeit sind einige geographisch eingegrenzte Beiträge zur Judenvernichtung erschienen, die sich zum Teil mit der Rolle der stationären Polizeidienststellen beschäftigen.²⁷ All diese Arbeiten liefern Bruchstücke oder bestimmte Ausschnitte der Ermordung der weißrussischen Juden, jedoch schon auf Grund ihrer thematischen Beschränkungen keine Gesamtsicht. Strategie des Verbrechens, Motive und Einbindung in die Besatzungspolitik bleiben so weitgehend im dunkeln.

Um dies auch für die übrigen Massenverbrechen in Weißrußland aufzuklären, ist mehr als die bloße Kenntnis der Verwaltungsstrukturen, der Befehlswege und sind mehr als Seitenblicke auf die ökonomischen Verhältnisse des Landes erforderlich. Sucht man nach den Zielen der deutschen Besatzungspolitik, zeigen Quellen und Darstellungen zu den deutschen Umgestaltungsplänen in Osteuropa, daß Vorhaben

-
- 23 Neuerdings umfassend Michael Zimmermann, *Rassenutopie und Genozid. Die nationalsozialistische »Lösung der Zigeunerfrage«*, Hamburg 1996; ferner Donald Kenrick/Gratton Puxton, *Sinti und Roma – die Vernichtung eines Volkes im NS-Staat*, Göttingen 1981; Angelika Ebbinghaus/Gerd Preissler (Hg.), *Die Ermordung psychisch kranker Menschen in der Sowjetunion. Eine Dokumentation*, in: Götz Aly u. a., *Aussonderung und Tod. Die klinische Hinrichtung der Unbrauchbaren*, Berlin-W. 1985, S. 75–107.
- 24 Helmut Krausnick, *Die Einsatzgruppen vom Anschluß Österreichs bis zum Feldzug gegen die Sowjetunion. Entwicklung und Verhältnis zur Wehrmacht*, und Hans-Heinrich Wilhelm, *Die Einsatzgruppe A der Sicherheitspolizei und des SD 1941/42. Eine exemplarische Studie*, in: dies., *Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942*, S. 11–278 bzw. 279–636; Hans-Heinrich Wilhelm, *Die Einsatzgruppe A der Sicherheitspolizei und des SD 1941/42*, München o.J. (1975, Diss.; Neudruck 1996), besonders S. 297–398 und 764–909; Ralf Ogorreck, *Die Einsatzgruppen und die »Genesis der Endlösung«*, Berlin 1996; Peter Klein (Hg.), *Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42. Die Tätigkeits- und Lageberichte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD. Mit Beiträgen und Kommentaren von Wolfgang Scheffler, Christian Gerlach, Dieter Pohl und Andrej Angrick*, Berlin 1997.
- 25 Andrej Angrick u. a., »Da hätte man schon ein Tagebuch führen müssen«. Das Polizeibataillon 322 und die Judenmorde im Bereich der Heeresgruppe Mitte während des Sommers und Herbstes 1941, in: Helge Grabitz u. a. (Hg.), *Die Normalität des Verbrechens. Festschrift für Wolfgang Scheffler zum 65. Geburtstag*, Berlin 1994, S. 325–385; Heiner Lichtenstein, *Himmels grüne Helfer. Die Schutz- und Ordnungspolizei im »Dritten Reich«*, Köln 1990; Yehoshua Büchler, *Kommandostab Reichsführer-SS: Himmler's Personal Murder Brigades in 1941*, in: *Holocaust and Genocide Studies* 1 (1986), H. 1, S. 11–25; Ruth Bettina Birn, *Zweierlei Wirklichkeit? Fallbeispiele zur Partisanenbekämpfung im Osten*, in: Bernd Wegner (Hg.), *Zwei Wege nach Moskau. Vom Hitler-Stalin-Pakt zum »Unternehmen Barbarossa«*, München und Zürich 1993, S. 275–290.
- 26 Bernd Gottberg, *Die Höheren SS- und Polizeiführer im Okkupationsregime des faschistischen deutschen Imperialismus in den zeitweilig besetzten Gebieten der Sowjetunion 1941 bis 1944*, Diss. Berlin-O. 1984; Ruth Bettina Birn, *Die Höheren SS- und Polizeiführer. Himmlers Stellvertreter im Reich und in den besetzten Gebieten*, Düsseldorf 1986.
- 27 Jürgen Matthäus, »Reibungslos und planmäßig«. Die zweite Welle der Judenvernichtung im Generalkommissariat Weißruthenien (1942–1944), in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 4 (1995), S. 254–274; Martin Dean, *The German Gendarmerie, the Ukrainian Schutzmannschaft and the »Second Wave« of Jewish Killings in Occupied Ukraine: German Policing at the Local Level in the Zhitomir Region, 1941–1944*, in: *German History* 14 (1996), S. 168–192; Chiari 1998, S. 231–269; zur Rolle von Wehrmachteinheiten Heer 1994. Siehe am Rande auch Shmuel Spector, *The Holocaust of Volhynian Jews*, Jerusalem 1990; Yitzhak Arad, *Ghetto in Flames. The Struggle and the Destruction of the Jews of Vilna in the Holocaust*, Jerusalem 1980.

zur Besiedlung Weißrußlands mit Deutschen im Gegensatz zu anderen Gebieten keine Rolle spielten; 1941 lebten dort auch nur noch wenige Volksdeutsche.²⁸ Wie groß die Bedeutung wirtschaftlicher Ziele für die deutsche Besatzungspolitik in der Sowjetunion war, und zwar von der Planungsphase im Frühjahr 1941 bis zum deutschen Rückzug, haben sowjetische und DDR-Forschung sowie im Westen vornehmlich Rolf-Dieter Müller betont und untersucht.²⁹ Wie seit dem Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß bekannt und immer wieder – meist eher beiläufig – in der Literatur erwähnt, war die deutsche Führung mit dem Plan in den Krieg gegen die Sowjetunion gegangen, mehrere Dutzend Millionen Menschen systematisch verhungern zu lassen, um so Agrarüberschüsse zu gewinnen. Wer sich mit der deutschen Wirtschaftspolitik ernsthaft auseinandersetzte, kam gar nicht umhin, einen Zusammenhang mit der Vernichtungspolitik festzustellen.³⁰ Doch auch diese Forschungen blieben bruchstückhaft,³¹ konzentrierten sich zu stark auf den Raubcharakter der deutschen Politik, während Tendenzen zur gezielten Veränderung der Siedlungs- und Bevölkerungsstruktur übersehen wurden, vernachlässigten alle die Ernährungspolitik, die stark begrenzte Handlungsfähigkeit der deutschen Besatzer im Produktionsbereich sowie die Versorgungspolitik der Wehrmacht und konnten so letztlich die erzwungene Reagrarisierungspolitik sehr wohl von den Absichten, aber kaum von der Durchführung her mit der Vernichtungspolitik verbinden. Zusätzlich war, wie in den bereits genannten Arbeiten, oft ein geringeres Interesse für die zweite Hälfte der Besatzungszeit vorhanden, die als chaotisch oder von den Partisanen diktiert aufgefaßt wurde. So fehlen adäquate Darstellungen über die Agrarproduktion, über die Ent-

28 In der Forschung erscheint dies allerdings nicht immer so eindeutig. Vgl. Kap. 2.4 und Helmut Heiber (Hg.), *Der Generalplan Ost*, in: VfZ 6 (1958), S. 281–325; Czesław Madajczyk (Hg.), *Generalplan Ost*, in: *Polish Western Affairs* III (1962), H. 2, S. 391–442; Dietrich Eichholtz: *Der »Generalplan Ost«*, in: *Jahrbuch für Geschichte* 26 (1982), S. 217–274; Rolf-Dieter Müller, *Hitlers Ostkrieg und die deutsche Siedlungspolitik. Die Zusammenarbeit von Wehrmacht, Wirtschaft und SS*, Frankfurt/M. 1991; Mechtild Rössler/Sabine Schleiermacher (Hg.), *Der »Generalplan Ost«*. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik, Berlin 1993. Ferner Ingeborg Fleischhauer, *Das Dritte Reich und die Deutschen in der Sowjetunion*, Stuttgart 1983.

29 Vgl. Czollek 1974; dies., *Zur wirtschaftspolitischen Konzeption des deutschen Imperialismus beim Überfall auf die Sowjetunion*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1968, H. 1, S. 141–181; Dietrich Eichholtz, *Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945*, Bd. 2: 1941–1943, Berlin-O. 1985; M. M. Zagorulko/A. F. Judenkow, *Krach plana »Oldenburg«* [Der Zusammenbruch des Planes »Oldenburg«], Moskau 1974; A. A. Faktorowitsch, *Krach agrarnoj politiki nemetsko-faschistskich okkupantow v Belorussii* [Der Zusammenbruch der Agrarpolitik der deutsch-faschistischen Okkupanten in Weißrußland], Minsk 1979; Rolf-Dieter Müller, *Von der Wirtschaftsallianz zum kolonialen Ausbeutungskrieg*, sowie ders., *Das Scheitern der wirtschaftlichen »Blitzkriegsstrategie«*, in: Boog u. a., S. 141–245 und 1116–1226; ders., *Industrielle Interessenpolitik im Rahmen des »Generalplans Ost«*, in: MGM 29 (1981), S. 101–141; ders., *Kriegsrecht oder Willkür? Helmuth James Graf von Moltke und die Auffassungen im Generalstab des Heeres über Aufgaben der Militärverwaltung vor Beginn des Rußlandfeldzuges*, in: MGM 42 (1987), S. 125–151.

30 Die Hinweise von Hans-Erich Volkmann, *Landwirtschaft und Ernährung in Hitlers Europa 1939–1945*, in: MGM 35 (1984), S. 9–74, besonders S. 44–51, sind nicht rezipiert worden.

31 Siehe die Arbeiten von Rolf-Dieter Müller, dessen ausgebliebene Gesamtdarstellung der deutschen Wirtschaftspolitik auch nicht von der ebenfalls verdienstvollen kommentierten Herausgabe des Abschlußberichts des Wirtschaftsstabes Ost ersetzt wird. Ders. (Hg.), *Die deutsche Wirtschaftspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten 1941–1943. Der Abschlußbericht des Wirtschaftsstabes Ost und Aufzeichnungen eines Angehörigen des Wirtschaftskommandos Kiew*, Boppard 1991.

wicklung der Ernährungspolitik und über die deutsche Agrarreform in den besetzten sowjetischen Gebieten,³² über Interessen und Produktion in der Industrie, Entstädterungspolitik, über die Methoden der Rekrutierung von Zwangsarbeitern für den Reichseinsatz³³ und ganz besonders über die Arbeitseinsatzpolitik und das Verschieben von Menschen innerhalb des besetzten Landes, das heißt über zentrale Fragen der Besatzungspolitik.

Der Verfasser ist des Russischen, Polnischen, Hebräischen und Jiddischen nicht mächtig. Mit Übersetzerhilfe konnten jedoch wichtige weißrussische Darstellungen und ein Quellenband zu zentralen Bereichen der vorliegenden Untersuchung ausgewertet werden.³⁴ Diese Einschränkung ist bedauerlich, aber es scheint, daß die sowjetische beziehungsweise weißrussische Forschung über die Besatzungsgeschichte Weißrußlands bis in die jüngste Zeit erhebliche Lücken und viele Ungenauigkeiten aufweist, gerade was das Handeln deutscher Besatzungsinstitutionen angeht.³⁵ Erkenntnisse der weißrussischen Forschung sind in der vorliegenden Arbeit berücksichtigt.

In den letzten Jahren gibt es in der Bundesrepublik ein vermehrtes wissenschaftliches Interesse an der deutschen Besatzungspolitik in Weißrußland. Ausgehend von der Pionierarbeit des Journalisten Paul Kohl,³⁶ der eine Fülle von Informationen über die deutsche Vernichtungspolitik im Vormarschgebiet der Heeresgruppe Mitte sammelte, entstanden Arbeiten über die Besatzungszeit in Minsk, über das Funktionieren der Zivilverwaltung und über Verbrechen der Wehrmacht,³⁷ ferner mehrere teils

32 Die beste und von vielen Quellen aus den weißrussischen Archiven gespeiste Analyse liefert Faktorowitsch, für den diese Einschränkungen allerdings ebenfalls zutreffen; ungenauer Zagorulko/Judenkow. Vgl. ferner Karl Brandt (in Zusammenarbeit mit Otto Schiller und Franz Ahlgrimm), *Management of Agriculture and Food in the German-Occupied and Other Areas of Fortress Europe. A Study in Military Government*, Stanford 1953 (zu den besetzten sowjetischen Gebieten S. 57–148); Dallin 1958, S. 332–388; recht traditionell zuletzt Gustavo Corni/Horst Gies, *Brot, Butter, Kanonen. Die Ernährungswirtschaft in Deutschland unter der Diktatur Hitlers*, Berlin 1997, S. 531–551. Siehe auch Christian Gerlach, *Die deutsche Agrarreform und die Bevölkerungspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten*, in: ders. u. a., *Besatzung und Bündnis. Deutsche Herrschaftsstrategien in Ost- und Südosteuropa*, Berlin und Göttingen 1995, S. 9–60.

33 Vgl. Ansätze bei N. Müller 1971, S. 179–194; Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des »Ausländer-Einsatzes« in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Berlin-W. und Bonn 1985, S. 157–161 und 255–259; Rolf-Dieter Müller, *Die Zwangsrekrutierung von »Ostarbeitern« 1941–1944*, in: Wolfgang Michalka (Hg.), *Der Zweite Weltkrieg*, München und Zürich 1989, S. 772–783.

34 Romanowski u. a.; Romanowski; Faktorowitsch; Zagorulko/Judenkow; Turonek; S. I. Beluga u. a. (Hg.), *Prestuplenija nemetsko-faschistskich okkupantow v Belorussii*, [2. Auflage,] Minsk 1965; G. I. Olechnowitsch, *Ekonomika belorussii v uslowijach Welikoi Otetschestwennoi Wojni (1941–1945)* [Die weißrussische Wirtschaft unter den Bedingungen des Großen Vaterländischen Krieges], Minsk 1982. – Die israelische Forschung über die Judenvernichtung in Weißrußland konnte ich nur zur Kenntnis nehmen, soweit sie übersetzt ist.

35 Siehe die Forschungsüberblicke von Bernhard Chiari, *Mythos und Alltag: Voraussetzungen und Probleme eines west-östlichen Dialogs zur Historiographie des Zweiten Weltkriegs*, in: MGM 54 (1995), S. 535–563, besonders S. 551–561; Chiari 1998, S. 14–20.

36 Paul Kohl, »Ich wundere mich, daß ich noch lebe«. Sowjetische Augenzeugen berichten, Gütersloh 1990 (textidentischer Nachdruck unter dem Titel *Der Krieg der deutschen Wehrmacht und Polizei 1941–1944. Sowjetische Überlebende berichten*, Frankfurt/M. 1995). Ich danke Paul Kohl besonders herzlich dafür, daß er mir Materialien u. a. aus dem Minsker Kriegsverbrecherprozeß von 1945/46 zur Verfügung stellte.

37 Uwe Gartenschlager, *Die Stadt Minsk während der deutschen Besetzung (1941–1944)*, unveröff. Magisterarbeit, Köln 1989; Chiari 1993; Heer 1994 und 1995.

didaktisch ausgerichtete Quellenbände.³⁸ In Vorbereitung sind Untersuchungen über die Dienststelle des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD (KdS) in Minsk von Hannes Heer sowie eine Biographie des Generalkommissars für Weißruthenien (1941–1943), Wilhelm Kube.

1.2 Zielstellung

Die vorliegende Arbeit bezweckt zu untersuchen, ob Zusammenhänge zwischen den deutschen Wirtschaftsinteressen oder der deutschen Wirtschaftspolitik und der deutschen Vernichtungspolitik sowie anderen Verbrechen bestanden, besonders hinsichtlich der Zwangsumsiedlungen bestimmter Bevölkerungsgruppen. Einfacher ausgedrückt: Standen diese Massenverbrechen im Widerspruch zu den wirtschaftspolitischen Zielen oder dienten sie ihnen? Besonders Götz Aly und Susanne Heim haben in jüngerer Zeit gegen die – immer noch – dominierende Auffassung hervorgehoben, daß die Vernichtung der Juden besonders in Osteuropa ursächlich mit materiellen und pragmatischen Zielen verbunden war. Sie haben auch bisher am stärksten die Verbindung zwischen dem deutschen Hungermordplan gegen die Sowjetunion und der Vernichtung von Juden, sowjetischen Kriegsgefangenen und der Bevölkerung Leningrads betont. Allerdings beschränkten sie sich in diesem Fall zu sehr auf die Sphäre der Planung, indem sie die deutschen Pläne dem Ergebnis der Verbrechenpolitik gegenüberstellten, ohne die Durchführung der Entscheidungsprozesse vorzuweisen und entsprechend die Umformung der Pläne in der mörderischen Praxis berücksichtigen zu können.³⁹ Weißrußland scheint als Testfall zur Überprüfung des Zusammenhangs zwischen Wirtschaftsinteressen und Völkermord besonders geeignet, einmal weil hier so viele Menschen ermordet wurden, was erklärungsbedürftig ist, und zum zweiten, weil das Land als vorgebliches Paradebeispiel für den Widerspruch zwischen wirtschaftlichen Interessen und Völkermord gilt.

Daraus ergeben sich folgende übergreifende Fragestellungen, die bei jedem Themenfeld zu beachten sind. Zunächst muß geklärt werden, welche wirtschaftlichen und politischen Ziele die zuständigen deutschen Stellen auf Grund ihrer Beurteilung der Verhältnisse in Weißrußland verfolgten und was sie infolgedessen mit der weißrussischen Bevölkerung vorhatten. Anschließend muß überprüft werden, welche Pläne die deutsche Besatzungsmacht in welchem Umfang durchführen konnte. Wel-

38 Hartmut Lenhard (Hg.), »Lebensraum im Osten«. Deutsche in Belorußland 1941–44, Düsseldorf 1991, und die Ausstellungskataloge Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944, hrsg. vom Hamburger Institut für Sozialforschung, Hamburg 1996, S. 102 ff.; Johannes Schlootz (Hg.), Deutsche Propaganda in Weißrußland 1941–1944. Eine Konfrontation von Propaganda und Wirklichkeit, Berlin 1996.

39 In ähnlicher Weise gelang es ihnen auch nur stellenweise zu beweisen, daß Theorien und Konzepte über Großraumpolitik, Überbevölkerung, Modernisierung und soziale Umgestaltung tatsächlich das politische Handeln bei der Vernichtungspolitik bestimmten. Vgl. Götz Aly/Susanne Heim, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hamburg 1991; zur Aufnahme ihrer Thesen siehe Wolfgang Schneider (Hg.), »Vernichtungspolitik«. Eine Debatte über den Zusammenhang von Sozialpolitik und Genozid im nationalsozialistischen Deutschland, Hamburg 1991. Siehe ferner Götz Aly, »Endlösung«. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt/M. 1995.

che Modifikationen mußten vorgenommen werden, welche Pläne scheiterten und was hatte das für Folgen? Ein spezielles Augenmerk muß hier entsprechend der Einzigartigkeit und überragenden Bedeutung des Hungermordplans auf die Ernährungspolitik gegenüber verschiedenen Bevölkerungsgruppen gerichtet sein. Im Agrarland Weißrußland hatte die Landwirtschafts- und Ernährungspolitik⁴⁰ nicht nur entscheidenden Rang, sie war auch eng mit den Vernichtungsentscheidungen verbunden.

Die wichtigsten Sektoren der deutschen Wirtschaftspolitik und der Vernichtungspolitik werden separat zu untersuchen sein. Aus den schon skizzierten Gründen ist der Wirtschaftsbereich nicht nur am Rande, als Hilfsargument, zu behandeln, sondern die entscheidenden Bereiche der Ökonomie müssen von Grund auf analysiert werden: Landwirtschafts-, Ernährungs-, Industrie- und Arbeitseinsatzpolitik; Ausgangsstand, Produktionsprozesse und -bedingungen, deutsche Ziele, Hindernisse bei ihrer Durchsetzung und Lösungsversuche von deutscher Seite, um sich mehr Produkte aneignen zu können.

Dabei ist die konkrete Situation Weißrußlands zu berücksichtigen, das 1939 unter sozialistischen Vorzeichen mit dem zuvor zu Polen gehörenden Westen »wiedervereinigt« worden war. Wie unterschieden sich historische Entwicklung und wirtschaftliche Verhältnisse im Juni 1941 zwischen West- und Osthälfte des Landes, und inwiefern gingen die Deutschen in den beiden Teilen unterschiedlich vor (etwa in der Agrarpolitik)? Wie versuchten die Deutschen die Produktions- und Distributionsprozesse zu ändern, und inwieweit gelang es ihnen? Wollten sie die sozialistischen Produktionsverhältnisse ändern?

Andererseits ist zugleich die Frage zu stellen: Wie reagierten die Weißrussen auf die deutschen Maßnahmen, auf Unterversorgung, Warenmangel, Arbeitszwang, Umsiedlung oder die Bedrohung durch die Partisanenbekämpfungs-Feldzüge auf dem Land? Welche deutschen Maßnahmen konnte sie unterlaufen oder neutralisieren – mit welchen Gegenreaktionen? Konnte die deutsche Verwaltung ihre Politik durchsetzen?⁴¹

Um die deutsche Besatzungspolitik, die ihr zugrundeliegenden wirtschaftlichen Interessen wie die Vernichtungsaktionen verstehen zu können, erwies es sich als unbedingt notwendig, die Anlage der militärischen Pläne und Operationen gegen die Sowjetunion, vor allem die Versorgungsprobleme der Heeresgruppe Mitte und ihre Auswirkungen auf die Operationen, zu analysieren und zu berücksichtigen. Hier stehen einige aussagekräftige militärgeschichtliche Untersuchungen über Ope-

⁴⁰ Nicht nur die Hungerpolitik, auch der Hunger ist im Krieg gegen die Sowjetunion ein wichtiges Desiderat der Forschung; es gibt generell »kaum ein anderes wichtiges Thema der Zeitgeschichte, das so vernachlässigt und übersehen worden ist«. Rolf-Dieter Müller, Die Konsequenzen der »Volksgemeinschaft«: Ernährung, Ausbeutung und Vernichtung, in: Michalka, S. 240.

⁴¹ Bernhard Chiari ist völlig beizupflichten, wenn er sich gegen eine bloße »Verwaltungsgeschichtsschreibung« wendet (1993, S. 69), die nicht nach der Realisierung fragt. Allerdings erfüllt er seinen eigenen Anspruch nicht, wenn er schreibt, die »deutsche Besetzung [Weißrußlands] war geprägt von einem undurchschaubaren Machtkampf zwischen deutscher Zivilverwaltung, wirtschaftlichen Behörden, Wehrmacht, Polizei und Sicherheitsdienst«. Die deutsche Besatzungspolitik war durchaus nicht undurchschaubar und erschöpfte sich nicht »in einem chaotischen System«, das sie ineffektiv gemacht hätte. Vgl. ebd. und Bernhard Chiari, In Weißrußland sind historische Orientierungspunkte rar, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 12. 12. 1996 (Zitate).

rationspläne, Operationsverlauf, Versorgungs- und Transportverhältnisse zur Verfügung.⁴²

Ein großer Fragenkomplex ist den deutschen Massenverbrechen in Weißrußland gewidmet. Dabei geht es zunächst einmal darum, die Abläufe möglichst genau zu erklären, ihre zahlenmäßige Dimension, den Zeitraum ihrer Realisierung, die Täterlichkeiten festzustellen. Ferner ist zu fragen: Gegen welche Bevölkerungsgruppen richteten sie sich jeweils in abgrenzbaren Zeiträumen genau? Wann sind Höhepunkte oder Kampagnen des Massenmords festzustellen? Wann, für wie lange, warum und von wem wurden sie beschleunigt? Wodurch wurden sie gestoppt oder verlangsamt? Es geht darum, gleichsam die *Struktur* dieser Verbrechen zu finden. Allein davon sind bereits Aufschlüsse darüber zu erwarten, mit welchem Ziel und warum ein Verbrechen stattfand. Diese Rückschlüsse sind möglichst mit – nicht immer vorhandenen – Quellen über die Motive zu kombinieren. Ziel der Untersuchung ist es, umfassende Planungen nachzuweisen, die zum Erreichen besatzungspolitischer Ziele dienten und direkt zur Vernichtung so vieler Menschen führten, gewissermaßen die *Strategie* hinter den Verbrechen.

Die gleiche Herangehensweise gilt auch für Umsiedlungen und künstlich erzeugte Bevölkerungsströme, deren Zusammenhang mit wirtschaftlichen Erwägungen oft auf der Hand liegt. Gerade die Zwangsumsiedlungen erweisen sich so immer wieder als Bindeglied zwischen Wirtschaftspolitik und verbrecherischen Aktionen – abgesehen davon, daß sie selbst Verbrechen darstellten.

Die Untersuchung wird in erster Linie eine Geschichte der Täter sein. Dabei stehen weniger die sogenannten tatnahen Täter im Mittelpunkt, die die Taten schließlich ausführten. Je mehr gezeigt werden kann, daß die deutschen Besatzungsverbrechen in Weißrußland strategisch angelegt und geplant waren, desto geringer ist die Bedeutung der tatnahen Täter für die Inangasetzung der Vernichtung – die beispielsweise bei der sogenannten Partisanenbekämpfung umstritten ist – einzuschätzen. Allerdings konnten sie, etwa in den Ghettos und Lagern, vielfach über Leben und Tod entscheiden. Die Entscheidungen zum *Massenmord* aber trafen andere, während die Ausführenden als Erfüllungsgehilfen fungierten. Ohne deren Willfähigkeit – teils aus Überzeugung, teils aus blindem Gehorsam oder Konformitätsdruck – hätten die Untaten freilich niemals stattfinden können.⁴³ Die Frage nach psychologischen Erklärungen für die so weitgehende Beteiligung der tatnahen Täter, besonders der Mannschaften, muß in dieser Untersuchung häufig offen bleiben.⁴⁴

42 Siehe Albert Beer, *Der Fall Barbarossa*, Phil. Diss. Münster 1978; Klaus Reinhardt, *Die Wende vor Moskau. Das Scheitern der Strategie Hitlers im Winter 1941/42*, Stuttgart 1972; Lew Besymenski, *Die Schlacht um Moskau 1941*, Köln 1981; Klaus A. Friedrich Schüler, *Logistik im Rußlandfeldzug. Die Rolle der Eisenbahn bei Planung, Vorbereitung und Durchführung des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion bis zur Krise vor Moskau im Winter 1941/42*, Frankfurt/M. u. a. 1987; affirmativ: Hans Pottgießer, *Die deutsche Reichsbahn im Ostfeldzug 1939–1944*, Neckargemünd 1975 (zuerst 1960); allgemein auch: Eckehard Dworok, *Konventionelle Kriegführung und kriegswirtschaftliche Zwänge. Eine Analyse ökonomischer Aspekte der deutschen Kriegführung im Zweiten Weltkrieg, insbesondere gegen die Sowjetunion*, Phil. Diss., Kassel 1986.

43 Zur im Gang befindlichen Diskussion über die tatnahen Täter zusammenfassend Dieter Pohl, *Die Holocaust-Forschung und Goldhagens Thesen*, in: VfZ 45 (1997), S. 1–48.

44 Vgl. zu methodischen Einwänden gegenüber neueren Versuchen, die Motivation der tatnahen Täter zu erklären, S. 32 f. in diesem Band.

Im Mittelpunkt dieser Arbeit stehen vor allem jene, die Massenverbrechen initiierten, befahlen, genehmigten, die generelle Weisungen ausarbeiteten oder aussprachen und die Menschen selektierten oder selektieren ließen, und ihre rekonstruierbaren Motive, unter ihnen solche ideologischer und anderer Art. Zu unterscheiden sind hier die Tatbeiträge auf örtlicher, regionaler und zentraler Ebene, jeweilige Befehlsverhältnisse und Befugnisse, wenn möglich auch die Tatbeiträge einzelner Personen. Um den möglichen Fehler einer Regionalstudie zu vermeiden, die auf dem besetzten Territorium befindlichen Entscheidungsträger überzubewerten, ist es unerlässlich, die Entscheidungsprozesse in den Zentralstellen des Deutschen Reiches zu beachten und das Verhältnis zwischen Zentrum und Peripherie bei wichtigen Entscheidungen zu bestimmen. Eine besondere Rolle spielen dabei die für die besetzten sowjetischen Gebiete zuständigen Kopfbehörden, das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete, der Wirtschaftsstab Ost und die Abteilung Kriegsverwaltung beim Generalquartiermeister des Heeres.⁴⁵ Soweit möglich, ist auch darzustellen, wo Initiative und Entscheidungen in wichtigen wirtschaftlichen Fragen lagen, beim Zentrum oder bei der Besatzungsverwaltung.

Ferner sind die Initiativen, Tatbeiträge und Einstellungen verschiedener Instanzen zu erforschen: Militärverwaltung und Sicherungstruppen, Zivilverwaltung, SS und Polizei, einheimische Hilfspolizei und Lokalverwaltung. Sind jeweils Konflikte oder Übereinstimmung erkennbar? Inwieweit hemmte das die Verbrechen beziehungsweise förderte und beschleunigte sie?

Allgemeiner: wie weit war die Kenntnis von Massenmorden, besatzungspolitischen Zielen und Strategien verbreitet, wie groß der Grad an Zustimmung, Beteiligung oder Widerstand? Auch wenn diese Fragen nicht immer das Zentrum der vorliegenden Darstellung bilden und dieses Maß hier nicht endgültig bestimmt werden kann, hat sich jede Untersuchung der NS-Verbrechen damit zu beschäftigen. Auch diese Arbeit versucht, dafür zumindest einen Beitrag zu leisten und Anhaltspunkte zu liefern.

Schließlich ist zu fragen: Sind Zusammenhänge zwischen Massenverbrechen der Besatzungsmacht gegen verschiedene Bevölkerungsgruppen herauszufinden, die wiederum auf gemeinsame Ursachen und Motive verweisen könnten? Welche zeitlichen Parallelen gibt es?

Für den Zuschnitt der vorliegenden Untersuchung sind weitere Entscheidungen wichtig. Erstens ist die ganze Besatzungszeit zu untersuchen, gerade auch die zweite Hälfte, um nicht erneut eine möglicherweise kurzschlüssige Betrachtung der Zeit vom Sommer 1941 bis zum Frühjahr 1942 zu liefern. Wichtige Entwicklungen in der Wirtschafts- und Vernichtungspolitik – um es vor auszuschicken – sind so bisher übersehen worden. Zweitens ist Weißrußland in seinen Nachkriegsgrenzen territo-

⁴⁵ Das Ostministerium war lediglich für die unter Zivilverwaltung stehenden Teile, der Generalquartiermeister des Heeres für diejenigen unter Militärverwaltung zuständig. Beide stimmten ihre Entscheidungen politisch ab. – Mit ›besetzten sowjetischen Gebieten‹ werden im folgenden, wenn nicht anders angegeben, die den genannten drei Behörden unterstellten Territorien bezeichnet, also ohne Ostgalizien, das zum Generalgouvernement gehörte, ohne den Bezirk Bialystok und ohne die von Rumänien besetzten Teile Moldawiens und der Ukraine.

rialer Untersuchungsgegenstand,⁴⁶ also quer zu den deutschen Verwaltungseinheiten. Dies ermöglicht einen Vergleich des Vorgehens in verschiedenen Territorien, der allerdings nicht als Selbstzweck systematisch betrieben wird.⁴⁷ Er erlaubt Feststellungen über gemeinsame Tendenzen und Phänomene und den Einfluß bestimmter Führungspersonen. Dadurch wurde natürlich aber auch der Arbeitsaufwand erheblich größer.⁴⁸ Drittens bietet diese Arbeit keine vollständige Besatzungsgeschichte Weißrußlands 1941–1944. Themen, die nicht in den skizzierten Untersuchungszusammenhang gehören, werden gar nicht oder nur insoweit abgehandelt, als es für das Verständnis der deutschen Wirtschafts- und Vernichtungspolitik unbedingt nötig ist, so die deutsche Kultur-, Schul-, Religions- und Finanzpolitik, die Forst- und Holzwirtschaft,⁴⁹ die Geschichte des weißrussischen politischen Widerstands und der Partisanenbewegung, das Schicksal der weißrussischen Zwangsarbeiter im Deutschen Reich, die Strafverfolgung der Täter nach 1945 und ihre Nachkriegskarrieren. Biographisches Material wurde von mir in vielfältiger Weise ausgewertet und bei der Erklärung des Geschehens berücksichtigt. Angesichts des großen, aus vielen verschiedenen Behörden und Ebenen zusammengesetzten Kreises der Akteure konnte

46 Im folgenden werde ich gelegentlich etwas über die Grenzen Weißrußlands hinausgreifen, indem ich beispielsweise auf die Städte Bialystok und Smolensk Bezug nehme, wenn die Verhältnisse dort hinsichtlich des jeweiligen Themas denen in Weißrußland glichen und Beispiele aus diesen Nachbarregionen etwa zur Verdeutlichung von Sachverhalten dienen können.

47 Dies hätte nur zu dem Ergebnis geführt, daß die Abweichungen im Besatzungskonzept und beim Verlauf der Massenverbrechen unwesentlich, wenn auch bei den letzteren bezeichnend waren.

Das heutige Territorium Weißrußlands weicht von den Grenzen der Republik vom 22. Juni 1941 nur dergestalt ab, daß damals auch das Gebiet um Bialystok und Łomża dazugehörte, das die Sowjetunion 1944 an Polen zurückgab (vgl. Geschichte des zweiten Weltkrieges 1939–1945 in zwölf Bänden, Bd. 9, Berlin-O. 1978, S. 75) und das heute üblicherweise mit der deutschen Besatzungspolitik in Polen abgehandelt wird. Man wird den Bezug auf den gewählten territorialen Ausschnitt wohl kaum ahistorisch nennen können, es sei denn, man verabsolutiert die willkürlich von den Deutschen gezogenen Grenzen.

48 Das etwa 4000 km² umfassende weißrussische Gebiet, das seit 1942 vom GK Litauen (Gebietskommissariat Wilna-Land) verwaltet wurde, wird im Rahmen dieser Studie nicht systematisch mit untersucht, da eine Einarbeitung in die unübersehbaren Aktenbestände und in die in vieler Hinsicht besonderen Probleme der Besatzungspolitik in Litauen eine im Vergleich zum zu erwartenden Ergebnis unvertretbare Mehrarbeit erfordert hätte. Dieses Gebiet wird in der in Vorbereitung befindlichen Untersuchung von Christoph Dieckmann über die Besatzungspolitik in Litauen mitbehandelt werden. Siehe auch Maria Wardzyńska, *Sytuacja Ludności Polskiej w Generalnym Komisariacie Litwy czerwiec 1941 – lipiec 1944*, Warschau 1993.

49 Die Bedeutung der weißrussischen Forstwirtschaft und damit der holzwirtschaftlichen Ausbeutung Weißrußlands durch die Deutschen war geringer als oft angenommen. Wegen des hohen Sumpf- und Ödlandanteils und der forstlichen Übernutzung im Ersten Weltkrieg, im polnisch-russischen Krieg und wohl auch in der sowjetischen Zeit war der Prozentsatz der nutzbaren Waldfläche an der Gesamtfläche in Weißrußland – auch in den ehemals polnischen Gebieten – geringer als im Deutschen Reich. Dazu kamen das Arbeitskräfteproblem, Schwierigkeiten beim Abtransport, ein Mangel an Sägewerken und die starke Beeinträchtigung durch Angriffe der Partisanen. Darum entwickelte sich die Forst- und Holzwirtschaft nicht zu einem entscheidenden Faktor für Wirtschaftsgefüge und Besatzungspolitik im besetzten Weißrußland. Vgl. Erwin Buchholz, *Die Wald- und Holzwirtschaft Sowjet-Rußlands*, Berlin 1932; ders., *Die Wald- und Holzwirtschaft des Ostraumes*, Berlin 1943; Heinrich Rubner, *Deutsche Forstgeschichte 1933–1945*, St. Katharinen 1985, besonders S. 148 und 151; Generalkommissar für Weißruthenien, Hauptabteilung Forst und Holz, Abwicklungsstelle, Tätigkeitsbericht für die seit der Einrichtung der Zivilverwaltung geleistete Arbeit v. 5. 9. 1944, BA R 6/189, Bl. 79–86; [Wirtschaftsinspektion Mitte,] *Chefgr. Forst- und Holzwirtschaft v. 24. 5. 1943*, BA-MA (BArch)P 42860, Bl. 217–224. Zum Arbeitskräfteproblem s. u. S. 493ff.

aber keine umfassende Tätersozioologie betrieben werden.⁵⁰ Die vorliegende Arbeit liefert auch keine Darstellung aller Aspekte des Lebens der jüdischen Bevölkerung, der Kriegsgefangenen, der Flüchtlinge in den Wäldern oder der Weißrussen insgesamt und muß dies für ihren Betrachtungszusammenhang auch nicht tun. Zwar ist es sehr mißlich, daß dadurch die Perspektive und das Erleben der Opfer weniger zum Tragen kommen; es geht im folgenden aber in erster Linie darum, Entstehung und Ablauf der Verbrechen nachzuvollziehen und zu erklären.

1.3 Quellen und Methodenprobleme

Obwohl ein großer Teil der deutschen Verwaltungsakten zwischen 1943 und 1945 vernichtet worden ist – teils gezielt, teils durch Bombenkrieg und Kampfhandlungen –, stehen zur deutschen Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland Akten in sehr großer Zahl zur Verfügung. Für das weit gefaßte Thema waren sehr viele Bestände interessant, darunter die zahlreicher militärischer und ziviler Zentralstellen. Generell wurde Akten zentraler Stellen Vorrang vor denen lokaler Institutionen gegeben, da letztere für Entscheidungsprozesse und größere Zusammenhänge oft wenig ergiebig waren, sondern eher gewissermaßen Alltägliches verzeichneten.⁵¹ Die lokale Ebene wurde aber nicht völlig vernachlässigt. Die beiden wichtigsten Fundamente der Arbeit sind die Akten der unter Wehrmachthoheit stehenden Wirtschaftsdienststellen und diejenigen der bundesdeutschen Nachkriegsverfahren gegen NS-Täter.

Zunächst einmal konnte eine Reihe von einschlägigen Quellsammlungen herangezogen werden, die anfangs fast nur in sozialistischen Ländern und erst in den letzten zehn Jahren vermehrt auch in der Bundesrepublik erschienen sind.⁵²

⁵⁰ Ein geschlossener Korpus von Akteuren, der hätte analysiert werden können (z. B. Funktionäre der Zivilverwaltung, Landwirtschaftsführer, Angehörige der Ordnungspolizei, Einsatzgruppenpersonal), war nicht abzugrenzen. Soziologische Studien hätten überdies einen unvermeidbaren Arbeitsaufwand erforderlich gemacht. Allgemeine Feststellungen zum deutschen Besatzungspersonal siehe in Kap. 3.8.

⁵¹ So konnten das Armeearchiv der Russischen Föderation in Podolsk, die Archive in Riga sowie die Gebietsarchive in Witebsk, Mogilew, Gomel, Grodno, Rowno und Shitomir nicht aufgesucht werden. Im Gebietsarchiv in Brest gab mir die Leiterin, Frau A. W. Terebun, einen Überblick über die Bestände, für den ich mich herzlich bedanke. Die Archive in Olsztyn und Kaliningrad geben nach den eingeholten Informationen für das vorliegende Thema wenig her. Kopien wichtiger Akten aus den östlichen Archiven, die ich nicht besuchen konnte, fanden sich allerdings im Bundesarchiv – Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten (BA D-H), in den Beständen des Bundesarchivs – Militärisches Zwischenarchiv Potsdam (sie befinden sich heute im Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg), im Bundesarchiv (Koblenz und Potsdam, jetzt Berlin), beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BSStU), im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte in München (IfZ), in der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg (ZStL) und bei den Staatsanwaltschaften. Sie gelangten meist im Zuge der Amtshilfe wegen Strafverfahren gegen NS-Verbrecher in die BRD und in die DDR.

⁵² Eine Schuld, die nicht erlischt, Köln 1987 (zuerst Moskau 1963); für die Partisanenbekämpfung: Dokumente über die Verbrechen Adolf Heusingers gegen den Frieden, seine Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Moskau 1962; Beluga; Unsere Ehre heißt Treue. Kriegstagebuch des Kommandostabs Reichsführer-SS, Tätigkeitsberichte der 1. und 2. SS-Inf.-Brigade, der 1. SS-Kav.-Brigade und von Sonderkommandos der SS, Wien, Frankfurt/M., Zürich 1965; Norbert Müller (Hg.), Deutsche Besatzungspolitik in der UdSSR, 2. Auflage, Köln 1982 (zuerst Berlin-O. 1979); ders. (Hg.), Die faschistische

Unter den zeitgenössischen Verwaltungsakten sind besonders die fast vollständig erhaltenen Kriegstagebücher (meist mit Anlagen) von Wirtschaftsstab Ost, dessen Chefgruppe Landwirtschaft, Rüstungsinspektion Ostland, den Rüstungskommandos Minsk, Luzk und Shitomir und ihren Außenstellen, der Wirtschaftsinspektion Mitte bzw. des Heeresgruppenwirtschaftsführers Mitte und der unterstellten Wirtschaftskommandos vollständig ausgewertet worden. Aus dem Wirtschaftsstab Ost sind auch wichtige Grundsatz- und Fachakten, darunter alle Halbmonats- und Monatsberichte, erhalten, in geringerem Maße aus dem Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt im OKW.⁵³ Fachakten der Wirtschaftsinspektion Mitte liegen im Zentralen Staatsarchiv (ZStA) in Minsk.⁵⁴

Erheblich sind auch die verfügbaren Bestände der interessierenden militärischen Kommando- und Verwaltungsstellen, darunter der Generalquartiermeister des Heeres, das Oberkommando der Heeresgruppe Mitte, ganz besonders der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes Mitte, ferner die rückwärtigen Armeegebiete (Korücks) und die Sicherungsdivisionen. Hier fehlen allerdings beträchtliche Teile der Kriegstagebücher und der dazugehörigen Anlagen.⁵⁵ Trotzdem konnten wegen des großen Umfangs nicht alle Unterlagen lückenlos durchgearbeitet werden (in Potsdam und Freiburg), besonders die der Korücks, die in Weißrußland nur relativ kurz 1941 und 1943/44 tätig waren. Es fehlen weitgehend Akten der Feld- und Ortskommandanturen, also der lokalen Militärverwaltungsdienststellen. Sie sind nur bruchstückweise in Divisionsakten und als Splitterbestände im ZStA Minsk zugänglich. Zur Berücksichtigung der lokalen Perspektive wurde versucht, alles diesbezüglich Bekannte vollständig zu sichten. Vereinzelt standen auch Akten der Geheimen Feldpolizei zur Verfügung. Ausgesprochen schlecht ist die Quellenlage bezüglich der Vernichtung der Kriegsgefangenen. Hier gibt es nur verstreute Bestände einzelner Zentralstellen,

Okkupationspolitik in den zeitweilig besetzten Gebieten der Sowjetunion (1941–1944), Berlin 1991; Klarsfeld; Ernst Klee/Willi Drexen/Volker Rieß (Hg.), »Schöne Zeiten«. Judenmord aus der Sicht der Täter und Gaffer, Frankfurt/M. 1988; Reinhard Rürup (Hg.), Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941–1945, Berlin 1991; Lenhard; Vernichtungskrieg; Schlootz.

53 Diese Akten befinden sich im Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg (BA-MA). Aus organisatorischen Gründen war es notwendig, sie zum Teil auf Mikrofilm im damaligen Militärischen Zwischenarchiv Potsdam einzusehen. Verluste entstanden dabei nur dadurch, daß bei handschriftlichen Notizen die Farbe der Eintragungen nicht zu unterscheiden war; in wichtigen Einzelfällen wurde das anhand des Originals überprüft. Ein Teil der Freiburger Akten wird ohnehin nur noch verfiht ausgegeben (so der Bestand Heeresgruppe Mitte). Ein Vorteil lag darin, daß die Potsdamer Filme oft besser verzeichnet und durch eine thematische Kartei erschlossen waren. Von den im folgenden zitierten Filmen, die sich inzwischen in Freiburg befinden, entsprechen 98 % Akten aus Freiburg, der Rest kommt aus Podolsk und Prag.

54 Die Echtheit der im Gebiet der früheren Sowjetunion liegenden Dokumente könnte bezweifelt werden, besonders diejenigen, die westdeutschen Strafverfolgungsbehörden übersandt wurden. Tatsächlich ist bei letzteren bisher in keinem Fall eine Fälschung nachgewiesen worden (Streim, S. 3). Z.B. äußerte das Amtsgericht Fürth – einer der wenigen Fälle – Zweifel an der »Wahrheitsliebe der Sowjets« und lehnte mit dieser Begründung die Verhaftung eines Verdächtigen auf Grund eines sowjetischen Dokuments ab. Wenige Tage später wurde seine Verhaftung von der Staatsanwaltschaft durchgesetzt, und der Festgenommene bestätigte selbst, daß er das Schriftstück verfaßt hatte. AG Nürnberg v. 20. 4. 1961 und Vern. Helmut Saur v. 31. I. 1961, ZStL 204 AR-Z 393/59, Bd. 2, Bl. 315/R und 322. Auch der Vergleich mit Quellen anderer Provenienz für die vorliegende Untersuchung ergab in keinem Fall Zweifel an der Echtheit der in der Sowjetunion gelagerten Dokumente.

55 Teile befinden sich im Archiv in Podolsk (Rußland).

einige Akten des Kriegsgefangenen-Bezirkskommandanten J und der Quartiermeisterabteilung aus dem rückwärtigen Heeresgebiet Mitte sowie einzelne Berichte und Befehle verschiedener Lager.⁵⁶

Die Überlieferung von Akten der Zivilverwaltung ist ebenfalls lückenhaft. Die verbliebenen Akten des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete im Bundesarchiv enthalten indes wichtige Teile der Sachakten.⁵⁷ Im Sonderarchiv Moskau und in Dahlwitz-Hoppegarten liegen hauptsächlich mehrere tausend Personalakten. Ungünstiger gestaltete sich der Zugang zu Quellen des Reichskommissariats Ostland; die Bestände im Bundesarchiv geben weniger her.⁵⁸ Aus dem für die Politik im Süden Weißrußlands interessanten Reichskommissariat Ukraine befinden sich kaum Akten in Deutschland, wohl aber in der Ukraine, doch dort konnte ich sie nicht sichten. Das gleiche gilt für die GK Shitomir und Wollhynien-Podolien. Hier ist man jeweils auf Ersatzüberlieferungen in anderen Beständen angewiesen. Akten des GK Weißruthenien befinden sich vereinzelt im Bundesarchiv und in großem Umfang im ZStA Minsk, darunter Fachakten von sehr verschiedenem Rang. In Minsk wurden auch die Bestände aus einigen Gebietskommissariaten bearbeitet. Von Stadt- und Gebietskommissar in Brest liegt je ein kompletter Satz Monatsberichte im Bundesarchiv, ferner die Abschlußberichte fast aller anderen Gebietskommissare des GK Weißruthenien. Weitaus am schlechtesten ist die Quellenlage für den Bezirk Bialystok.⁵⁹ Dies konnte mit Hilfe verstreuter Akten verschiedenster Herkunft wenigstens halbwegs ausgeglichen werden.⁶⁰

Dazu kamen Akten anderer regionaler Dienststellen, so der Haupteisenbahndirektion in Minsk und der Einsatzgruppe Rußland-Mitte der Organisation Todt (beide im ZStA Minsk). In Beständen der weißrussischen Lokalverwaltungen fanden sich manch wichtige deutsche Dokumente; in Ausnahmefällen konnten mit Übersetzerhilfe Schriftstücke in russischer oder weißrussischer Sprache einbezogen werden.

Weiter wurden die Bestände zahlreicher Ministerien und Oberster Reichsbehörden gesichtet und, soweit nötig, durchgearbeitet, darunter des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, des Reichsarbeitsministeriums, der Zentralhandels-gesellschaft Ost, der Reichskanzlei und des Beauftragten für den Vierjahresplan. Hervorragende Bedeutung hatten zeitgenössische Zeitungsausschnittsammlungen verschiedener Provenienz,⁶¹ ferner verschiedene Zeitungen und Zeitschriften, die »Minsker Zeitung« und die »Deutsche Zeitung im Ostland«.

⁵⁶ Zu den Beständen Streit, Keine Kameraden, S. 17–19. Befehle des Stalag 352 (Minsk) enthält BStU AS 74/67.

⁵⁷ Die Akten wurden teils auf Mikrofiche im Bundesarchiv Koblenz bzw. Potsdam und Berlin-Lichterfelde, teils auf Mikrofilm im Bundesarchiv Potsdam und Militärischen Zwischenarchiv Potsdam eingesehen. Zu den Problemen durch Verfälschung und Verfälschung Anm. 1/53.

⁵⁸ Weitere Akten befinden sich in Riga. Der Bestand im ZStA Minsk ist kaum nennenswert.

⁵⁹ Siehe Czesław Madajczyk, Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939–1945, Köln 1988, S. XI.

⁶⁰ So fanden sich Akten der Gendarmerie im Sonderarchiv Moskau, einzelne Dokumente in der Ostdokumentation des Bundesarchivs, ferner Berichte ehemaliger Funktionäre der Zivilverwaltung ebd. und im Bialystok-Prozeß im NWStA Detmold, Akten von Sicherungstruppen in der ZStL und Quellen zur Judenvernichtung in Serge Klarsfeld (Hg.), Documents Concerning the Destruction of the Jews of Grodno, Bd. 1–5, Amsterdam 1987, und Bd. 6, Amsterdam 1992.

⁶¹ Aus den Beständen Deutsche Reichsbank, Reichslandbund, Arbeitswissenschaftliches Institut der Deutschen Arbeitsfront, Deutsches Auslandwissenschaftliches Institut, Zentralhandels-gesellschaft Ost und anderen.

Akten von SS und Polizei, die sich auf Weißrußland beziehen, sind zu großen Teilen verloren. Eine wichtige Ausnahme bilden die so gut wie vollständigen »Ereignismeldungen« und »Meldungen aus den besetzten Ostgebieten« des Reichssicherheitshauptamts (RSHA) über die Tätigkeit der Einsatzgruppen in den besetzten sowjetischen Gebieten im Bundesarchiv. Die Bestände Persönlicher Stab Reichsführer-SS, Ordnungspolizei und RSHA wurden gleichfalls herangezogen. Eigene Bestände regionaler Polizeidienststellen im Besatzungsgebiet fehlen fast völlig, mit geringen Ausnahmen im Sonderarchiv Moskau. In den besuchten weißrussischen Archiven gibt es nur Splitterbestände örtlicher Polizeidienststellen, im wesentlichen der Gendarmerie. Vor diesem Hintergrund haben die erhaltenen Funksprüche der HSSPF in den besetzten sowjetischen Gebieten aus den Jahren 1941/42 und andere Akten des Kommandostabs Reichsführer-SS besonderes Gewicht.⁶² Bemerkenswert sind erhaltene Akten bestimmter mobiler Einheiten, so mehrere, teilweise neu aufgefundene Berichte der Einsatzgruppe B, Kriegstagebücher usw. der Polizeibataillone 309, 310 und 322 und vor allem der SS-Sondereinheit Dirlewanger und der SS-Kavallerie-Brigade.⁶³ Thematisch ist vor allem zur Partisanenbekämpfung in der Region vieles erhalten, doch auch der Ablauf des Mordes an den weißrussischen Juden läßt sich letztlich nachvollziehen.

Ein Problem der vorliegenden Untersuchung liegt in der Notwendigkeit des Rückgriffs auf Zahlen und Statistiken, die aus dem deutschen Verwaltungs- und Repressionsapparat stammen. Die Zahlen der Opfer verschiedener Verbrechen der Besatzungsmacht müssen bestimmt, wirtschaftliche Entwicklungen quantitativ nachvollziehbar gemacht werden. Was die mörderische Seite der deutschen Herrschaft angeht, deutet eine Vielzahl von Indizien darauf hin, daß die in den Akten gemachten Angaben in der Regel recht genau sind.⁶⁴ Dies wird in den Kapiteln 7 bis 10 jeweils genau disku-

62 Sie befinden sich teils im Original, teils in Kopien (aus Prag) im Bestand SS-Führungshauptamt im Bundesarchiv. Originale konnten auch im BA D-H festgestellt, weitere Akten in Prag eingesehen werden. Zahlreiche Funksprüche, die bis zum September 1941 von den Briten aufgefangen und entschlüsselt werden konnten, sind neuerdings im Public Record Office in London und in den US-National Archives, Washington, zugänglich, aber noch nicht verzeichnet. Für eine erste breitere Auswertung Richard Breitman, *Official Secrets. What the Nazis Planned, what the British and Americans Knew*, New York 1998.

63 Sie wurden in Potsdam und Ludwigsburg eingesehen. – Hier ist eine grundsätzliche Bemerkung angebracht: In der Archivlandschaft gab es während der Erarbeitung dieser Studie beträchtliche, nicht immer ganz begreifliche Änderungen. Akten wurden verlagert, Standorte geschlossen, Signaturen geändert. Die Bestände des früheren Bundesarchivs-Militärischen Zwischenarchivs Potsdam, vormals Militärarchiv der DDR, befinden sich heute im BA-MA, die des Bundesarchivs, Abteilungen Potsdam, vormals Zentrales Staatsarchiv der DDR, im Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde (BA), die des Bundesarchivs Koblenz teils in Lichterfelde, teils im BA D-H, Nachlässe noch in Koblenz, die Ostdokumentation mittlerweile in Bayreuth. Ein Teil der Akten aus dem BA D-H liegt heute beim BStU. Das ehemalige KGB- und dann Sonderarchiv in Moskau trägt heute einen anderen Namen. Das ZsTA Minsk ist mittlerweile mit dem Weißrussischen Nationalarchiv vereinigt. Justizakten werden laufend an staatliche Archive abgegeben. Da sich dieser Stand fast monatlich ändert, zitiere ich die Akten nach Standort und Archivbezeichnung zur Zeit ihrer Benutzung und weise auf mir bekannte Umlagerungen im Quellenverzeichnis (Anhang) hin.

64 Die von den Einsatzgruppen gemeldeten Zahlen lagen eher etwas zu niedrig als zu hoch. Siehe Gert Roßel, Sowjetunion, in: Wolfgang Benz (Hg.), *Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus*, München 1991, S. 542f. Gegen die häufigen Schutzbehauptungen, SS- und Polizeieinheiten hätten bei den Morden überhöhte »Erfolgszahlen« gemeldet, vgl. stellvertretend Aussagen des ersten Gestapoleiters der Einsatzgruppe B und des ehemaligen stellvertretenden Chefs des Einsatz-

tiert. Eine Ausnahme bildet das organisierte Massensterben in den Kriegsgefangenenlagern, über das nur lückenhafte Zahlenangaben vorhanden sind.⁶⁵ Was die wirtschaftliche Seite angeht, sind die deutschen Statistiken mit Hilfe von Quervergleichen und sonstigen Hinweisen zumindest insoweit überprüfbar und verlässlich, als allgemeine Entwicklungen und Tendenzen an ihnen ablesbar sind.⁶⁶ Im Gegensatz zum Gebiet unter Militärverwaltung wurde die statistische Arbeit im GK Weißruthenien schon von vielen zeitgenössischen Beobachtern als mangelhaft kritisiert.⁶⁷ Mit Blick auf die in Weißrußland erhaltenen Akten kann dieses Urteil allerdings relativiert werden; offenbar gab die Verwaltung in Minsk nicht alle Daten an die vorgesetzte Dienststelle in Riga weiter.

Den zweiten wichtigen Aktenfundus für die Besatzungsgeschichte Weißrußlands bilden die Unterlagen der Ermittlungs- und Strafverfahren gegen NS-Täter. Dabei standen die Verfahren in der Bundesrepublik im Vordergrund. Auch hier ist die Fülle des vorhandenen Materials erdrückend: bis Anfang der siebziger Jahre verzeichnete die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg schon etwa 500 Fälle, die weißrussische Tatorte betrafen. Von diesen konnte ich für diese Arbeit gut 50 auswerten.⁶⁸ Dazu kamen vier DDR-Verfahren beziehungsweise Vorgänge in Amtshilfe sowie Teile der ersten Prozesse in Riga und Minsk 1945/46.⁶⁹ Außerdem tauchen in bundesdeutschen Verfahren Splitter sowjetischer Prozeßunterlagen gegen deutsche Täter in Übersetzung auf, während die gegen weißrussische Tä-

kommandos 9: Vern. Eduard Holste v. 19. 5. 1960 und des Beschuldigten Wilhelm Greiffenberger v. 3. 11. 1960, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 6, Bl. 262, und Bd. 13, Bl. 114f. Beide belasteten sich mit ihren Aussagen selbst. Zu den Bemühungen um eine Vereinheitlichung der Mordstatistiken vgl. RSHA IV D 5 – Kommandostab –, Einsatzbefehl Nr. 20, Betr.: Gesamtübersicht über Sonderbehandlungen von Personen v. 4. 7. 1942, BA St 3, Nr. 568, Bl. 8f., neuerdings abgedruckt in: Klein, S. 361f.

65 Die Gründe liegen zum einen im Quellenmangel, zum anderen darin, daß die deutschen Lagerorgane und Wachmannschaften auf Transporten nicht immer Interesse zeigten, das von ihnen oft völlig gefühllos betrachtete Massensterben zahlenmäßig zu erfassen und zu dokumentieren.

66 Die vorhandenen Daten wurden vorwiegend von den weißrussischen Gemeinde- und Rayonverwaltungen gesammelt und von deutschen Dienststellen lediglich bearbeitet. Ersteres führte z.B. bei Bevölkerungszählungen zu einer höheren Verlässlichkeit.

67 Als Ursachen wurden besonders die Zerstörung statistischen Materials durch die Sowjets und unwägbare Beeinträchtigungen durch die Partisanen angegeben. Tatsächlich dürften auch die durch die Deutschen vorgenommenen Grenzveränderungen ein gewichtige Rolle für fehlende Vergleichsunterlagen gespielt haben. – Siehe besonders den empörten Brief von Peter-Heinz Seraphim an den Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg in Minsk v. 24. 8. 1943, BA F 13668, Bl. 543–545; GK Weißruthenien an Gebietskommissar Minsk-Land v. 7. 5. 1943, ZStA Minsk 393–1–321, Bl. 250; RK Ostland, Statistisches Zentralreferat, Bericht über die Dienstreise nach Berlin v. 23. 3.–7. 4. v. 8. 6. 1943, BA F 10815, Bl. 178f. und 205; Eugen Stieda, Die Landwirtschaftsstatistik im Ostland, in: Landwirtschaftliches Wochenblatt [des RK Ostland], 1, Folge 3 v. 15. 8. 1943, BA F 10849, Bl. 347f.; Heeresgruppenwirtschaftsführer Mitte v. 29. 4. 1944, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 422 ff.

68 Zwar ist in der ZStL nicht gewährleistet, daß die dortigen Akten den vollen Umfang der Unterlagen bei den zuständigen Staatsanwaltschaften haben. Doch erwies es sich wegen des sonst erforderlichen organisatorischen Aufwands als nötig, etwa die Hälfte der Verfahren, in erster Linie der kleineren, in Ludwigsburg durchzusehen. Das gilt auch für Vorgänge, die am Ort der Untersuchung unauffindbar waren wie das Ermittlungsverfahren gegen den HSSPF Rußland-Mitte, Bach-Zelewski, in Nürnberg.

69 Die DDR-Verfahren liegen beim BStU, das Rigaer Verfahren gegen Jeckeln u.a. im BA D-H und Teile des Minsker Verfahrens ebd., bei der ZStL, den StA Hamburg und Berlin, bzw. sie wurden mir von Paul Kohl, Berlin, zugänglich gemacht.

ter durchgeführten Prozesse⁷⁰ wegen der Sprachbarriere nicht verwertet werden konnten.⁷¹

Von den eingesehenen Verfahren richteten sich vier gegen HSSPF, SS- und Polizeiführer oder deren Stäbe, fünf gegen Kommandeure oder Inspektoren der Sicherheitspolizei und des SD oder deren Außenstellen, vier gegen Einsatzkommandos, zwei gegen SS-Brigaden, drei gegen Polizeibataillone, vier gegen Wehrmachteinheiten wegen Judenerschießungen, zwei gegen einheimische Schutzmannschaftsbataillone. Acht richteten sich gegen Gebietskommissare bzw. Gendarmeriegebietsführer, drei waren sogenannte Ghettoverfahren, fünf betrafen die Partisanenbekämpfung, sechs die Vorgänge in Kriegsgefangenenlagern, zwei die Geheime Feldpolizei, zwei die Rolle des Ostministeriums bei der Judenvernichtung. Diese Tatkomplexe – um die wichtigsten zu nennen – mögen zeigen, daß es weniger darum ging, die Taten bestimmter Instanzen und Täterseinheiten völlig abzudecken (zum Beispiel alle HSSPF/SSPF-, alle KdS- oder Einsatzgruppenverfahren), als darum, Verfahren über die wichtigsten Täterinstanzen, Einheiten, Entscheidungsebenen, alle verfolgten Bevölkerungsgruppen und möglichst große Gebiete Weißrußlands zu sehen.

Diese Verfahren bieten zahlreiche Vorteile und Möglichkeiten, die auf anderem Weg verschlossen bleiben. Täter werden ermittelt und zum Sprechen gebracht; es sind Interna und persönliche Eindrücke zu erfahren, Personalien leicht zugänglich; die meisten Aussagen stammen von »kleinen« Tätern, von Opfern oder unbeteiligten Tatzeugen, so daß neben die Erklärungen der Befehlsgeber die Sicht »von unten« gestellt und die Täter- mit der Opferseite konfrontiert werden kann. Insbesondere weißrussische und jüdische Zeugenaussagen wären sonst schwer und nicht in solcher Zahl zu erhalten. Die Justizstellen konnten erheblich mehr Zeit – manche Verfahren dauerten zehn, ja zwanzig Jahre –, Geld und Personal investieren als Historiker. Sie sammelten oft Quellen oder erhielten sie aus dem Ausland, vor allem aus der Sowjetunion. Übersetzungen fremdsprachiger Aussagen, jüdischer Erinnerungsbücher und sowjetischer Untersuchungsberichte aus der unmittelbaren Nachkriegszeit liegen bei den Akten. So ist – obwohl Strafverfolgungsbehörden anderen Fragestellungen als Historiker folgen – eine genauere Rekonstruktion und ein viel konkreteres Bild der Vorgänge bei den Verbrechen zu erhalten, als über die Verwaltungsakten möglich wäre. Das in wissenschaftlichen Darstellungen oft anonym

⁷⁰ Eine Übersicht wichtiger Verfahren in Weißrußland bietet Lucjan Hiszowicz, *The Holocaust in the Soviet Mirror*, in: Lucjan Dobroszycki/Jeffrey S. Gurock (Hg.), *The Holocaust in the Soviet Union*, Armonk und London 1993, S. 43.

⁷¹ Vgl. die Einschätzung der sowjetischen Verfahrensmethoden durch Streim, S. 283ff.; Beitrag Ojars Janis Rozitis in: Eberhard Groesdonk u. a., *Die Vernichtung von Audrini und seine [sic] justizförmige Bearbeitung (1944–1994) und die Öffentlichkeit*, in: *NS-Verbrechen und Justiz 4* (1996), hrsg. vom Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1996, S. 42–126; für den Minsker Prozeß: Manfred Messerschmidt, *Der Minsker Prozeß 1946 – Gedanken zu einem sowjetischen Kriegsverbrechertribunal*, in: Heer/Naumann, S. 551–568. Danach wurden juristische Mindeststandards eingehalten, obwohl die Verfahren auch propagandistische Funktion hatten. Die Täter waren meist umfassend, wenn auch nicht uneingeschränkt geständig, ihre Aussagen stimmen indes oft mit dem durch Quellen zu gewinnenden Bild überein. Skepsis ist allerdings bei Zahlenangaben in sowjetischen Zeugenvernehmungen und bei der Zuordnung deutscher Funktionäre, Offiziere oder Einheiten zu bestimmten Institutionen angebracht.

wirkende kollektive Unrecht wird individualisiert, es erhält ein Gesicht – viele Gesichter.⁷²

Die Auswertung der Justizverfahren wirft jedoch erhebliche Probleme auf, die ihren Wert begrenzen.⁷³ Sie hängen alle mit dem Entstehungszusammenhang der Akten zusammen. Historisch interessante Mitteilungen zum Alltagsleben, zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte interessierten die Ermittler an sich nicht, wenn sie auch immer wieder in die Aussagen einfließen. Zweck der Untersuchungen war es, strafrechtlich relevante Einzeltaten oder Tatbeiträge zu ermitteln, noch lebenden Personen zuzuordnen und sie zu ahnden. Große Teile der in dieser Studie analysierten Massenverbrechen waren indes für die bundesdeutsche Justiz irrelevant und wurden von ihr gar nicht erst verfolgt, so der Mord an über einer halben Millionen Kriegsgefangenen in Weißrußland durch Hunger, die meisten Untaten bei der Partisanenbekämpfung⁷⁴ und die zum Zeitpunkt der Verfahren bereits verjährten Zwangsumsiedlungen. Infolgedessen sind die Verfahren in diesen Bereichen in der Regel wenig ergiebig, vom strafrechtlichen Endresultat ganz zu schweigen.⁷⁵ Die bundesdeutschen Verfahren bezogen sich überwiegend auf Morde an Juden; selten wurde die Tötung von Sinti und Roma, psychisch Kranken und politischen Gegnern mit abgehandelt. Aber auch bei diesen Tatkomplexen waren die Nachforschungen von sehr unterschiedlicher Qualität.

Grundsätzliche Probleme bringen die Aussagen von Zeugen, Beschuldigten und überlebenden Opfern mit sich. Zunächst einmal geben die Vernehmungsniederschriften der Ermittlungsbeamten die gemachten Aussagen nur sinngemäß, jedoch nur ausnahmsweise wörtlich wieder.⁷⁶ Viele Jahre nach der Tat war die Erinnerung der Beteiligten von einst verblaßt und oft unzuverlässig.⁷⁷ Es kam zu Gedächtnisfehlern, Verwechslungen, zur Vermischung verschiedener Vorgänge. Später erhaltene Informationen etwa aus Veröffentlichungen und Erzählungen flossen ein. Diese Fälle von denen zutreffender Erinnerung zu unterscheiden, ist schwierig, so daß sie in der wissenschaftlichen Darstellung im Zweifelsfall nur relativiert zu verwenden sind. Wert und Beurteilung von Aussagen werden einerseits durch die damalige Stellung des Aussagenden zur Tat und seinen Zugang zu Informationen bestimmt, anderer-

72 Hierzu Wolfgang Scheffler, NS-Prozesse als Geschichtsquelle. Bedeutung und Grenzen ihrer Auswertbarkeit durch den Historiker, in: ders. und Werner Bergmann (Hg.), *Lerntage des Zentrums für Antisemitismusforschung V*, Berlin-W. 1988, S. 14 f.

73 Siehe hierzu allgemein Scheffler 1988; Johannes Tuchel, Die NS-Prozesse als Materialgrundlage für die historische Forschung, in: Jürgen Weber/Peter Steinbach (Hg.), *Vergangenheitsbewältigung durch Strafverfahren? München 1984*, S. 134–144; neuerdings Christoph Bitterberg, *Der Bielefelder Prozeß als Quelle für die deutsche Judenpolitik im Bezirk Bialystok*, unveröff. Magisterarbeit, Hamburg 1996.

74 In diesem Fall waren vorgeblich meist individuelle Tatbeiträge nicht zu beweisen. Tatsächlich dürfte oft die Tendenz eine Rolle gespielt haben, daß in ihr völkerrechtlich zulässige Repressionsakte gesehen wurden.

75 Den Wert der Justizermittlungen für die Geschichtswissenschaft anzuerkennen, heißt nicht, sich mit den Ermittlungsbehörden zu identifizieren und die strafrechtlichen Ergebnisse gutzuheißen.

76 Deshalb wird in dieser Arbeit nur in Ausnahmefällen aus Vernehmungsprotokollen zitiert. Die Richtigkeit der sinngemäßen Niederschrift wurde von den Vernommenen nach dem Durchlesen durch Unterschrift bestätigt, ggf. handschriftlich Änderungen angebracht (übrigens auch in sowjetischen Verfahren wie gegen Jeckeln u. a.).

77 Die Verfahren liefen überwiegend zwischen 1958 und 1970.

seits durch seine Stellung im Justizverfahren. Wichtig ist, zwischen Beschuldigten- und Zeugenaussagen zu unterscheiden.⁷⁸ Bei Vernehmungen Beschuldigter sind stets Zweifel geboten, da hier Schutzbehauptungen, entlastende Schuldzuweisungen an andere, besonders Vorgesetzte, »falsche Fährten« und Falschaussagen aller Art zu erwarten sind, alles mit dem Ziel, einer Strafe zu entgehen. Umgekehrt haben selbstbelastende Aussagen besondere Plausibilität. Doch es ist auch den Aussagen von Zeugen mit Skepsis zu begegnen, die im historischen – nicht juristischen – Sinn der Täterseite zuzuordnen sind, die also zwar formell nicht als Beschuldigte vernommen wurden, gegen die aber der Verdacht auf Beteiligung vorlag, oder aber die keine Strafverfolgung durch die bundesdeutschen Behörden zu befürchten hatten, jedoch der Tütereinheit⁷⁹ oder einer Dienststelle angehörten, die – von der Justiz unbeachtet oder vernachlässigt – ein Verbrechen begünstigte, unterstützte oder gar organisierte oder anordnete.⁸⁰ Hierunter fallen die meisten Vernommenen. Korpsgeist, Aussageabsprachen⁸¹ und Furcht der Zeugen, die teilweise hohe gesellschaftliche Stellungen in der Nachkriegsgesellschaft bekleideten, vor Beschädigung ihres Rufs wirkten sich hier ebenso aus wie der einfache Reflex, daß es hinterher keiner mehr gewesen sein wollte. Das gilt für den Tatbeitrag einer Einheit oder Dienststelle, noch mehr für den eigenen Beitrag und am meisten für die Tatmotive. Jeder, der eine freiwillige Beteiligung an Morden aus Rassenhaß, Chauvinismus, Freude am Töten, Machtrausch, zur persönlichen Bereicherung oder zur Vernichtung »unnützer Esser« zugegeben hätte, hätte mit einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe zu rechnen gehabt.⁸²

Vernehmungen aus Justizverfahren sind nur mit äußerster Vorsicht für die historische Darstellung zu nutzen. Allgemein gültige Rezepte und Regeln gibt es dafür noch

78 An zweiter Stelle ist auch die vernehmende Seite (Polizei, ggf. Sonderkommission, Staatsanwalt, konsularischer Vertreter, gerichtliche, ggf. eidliche Vernehmung, Aussagen in der Hauptverhandlung) und der Ort des Verhörs (Wohnung des Zeugen, Polizeidienststelle, Gericht, BRD-Botschaft oder -Konsulat im Ausland, Vernehmung durch ausländische, z. B. sowjetische Dienststellen) von Bedeutung, ferner der Zeitpunkt der Befragung. Bei frühen Verfahren und Vernehmungen war der Kenntnisstand der Justizbehörden oft sehr dürftig. Siehe Tuchel, S. 140; Bitterberg, S. 23 ff.

79 Hierzu sind z. B. Personen zu rechnen, die damals niedere Dienstränge bekleideten, da in der Regel nur Offiziere von SS, Polizei oder Wehrmacht juristisch verfolgt wurden – eine weithin unbeachtete Beschränkung der Strafverfahren wegen NS-Verbrechen. Zeugen wurden in der Regel nur nach Offizieren befragt, vgl. z. B. ZStL 202 AR-Z 1212/60.

80 Dazu zählen Angehörige der Zivil- und Militärverwaltung oder anderer militärischer Dienststellen.

81 Zugegeben etwa in Vern. K. W. v. 19. 11. 1962, StA Wolfenbüttel 62 Nds Fb. 2, Nr. 1279, Bl. 52a-m; Vern. Wilhelm Greiffenberger v. 13. 7. 1961, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 22, Bl. 137–141; vgl. den detaillierten Kasißer des ehemaligen Chefs der Einsatzgruppe B, Naumann, an den ehemaligen Sonderkommandochef Klingelhöfer und hschr. Erklärung Klingelhöfers v. 4. 7. 1947 dazu, Nbg. Dok. NO-5450 und NO-5457.

82 Im Rahmen dieser Untersuchung muß nicht ausführlich auf die Debatte um den sogenannten Befehlsnotstand eingegangen werden, d. h. die Schutzbehauptung Beschuldigter und ihrer Verteidiger und Fürsprecher in NS-Verfahren, sie seien zu ihren Taten gezwungen gewesen, weil sie bei einer Weigerung ihrerseits schwere Strafen bis hin zum Todesurteil zu erwarten gehabt hätten. Das Gegenteil ist seit langem nachgewiesen; es ist nach jahrzehntelanger juristischer Aufarbeitung kein einziger Fall belegt, daß eine Person, die sich weigerte, eine Tötung oder Hinrichtung auszuführen, mit dem Tode bestraft worden wäre. Vgl. Kurt Hinrichsen, Befehlsnotstand, in: Adalbert Rückerl (Hg.), NS-Prozesse. Nach 25 Jahren Strafverfolgung: Möglichkeiten – Grenzen – Ergebnisse, 2., erweiterte Auflage, Karlsruhe 1972, S. 131–161; Herbert Jäger, Verbrechen unter totalitärer Herrschaft. Studien zur nationalsozialistischen Gewaltkriminalität, 2., erweiterte Auflage Frankfurt/M. 1982, S. 83–165.